

Wöchentlich 75 Pf. monatlich 2.25 M.
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Vollbezug 3.97 M. einschließlich 60 Pf.
Vollzeitungs- und 72 Pf. Postbestel-
gebühren. Auslandsabonnement 6.65 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Briefschadenporto 4.65 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen
höherer Gewalt besteht kein Anspruch
der Abonnenten auf Ersatz.

Ercheinungsweise und Anzeigenpreise
sind am Schluß des redaktionellen
Teils.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend
27. August 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Reprint: Dönhofs (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. Dr. S. u. Disc.-Gel., Depostent., Jerusalemstr. 65-66

Der Weg zur Rettung!

Sozialistische Aktion!

Von Otto Wels.

Der Widersinn des kapitalistischen Systems hat sich restlos enthüllt. Mit dem Aufwand ungezählter Milliarden hat der Kapitalismus einen Produktionsapparat aufgebaut, der die Produktivität der menschlichen Arbeit um ein Vielfaches gesteigert hat. Seit Jahr und Tag aber stehen die Fabrikhallen verlassen da, verrostet die Maschinen und Werkzeuge. Und seit Jahr und Tag drängt sich das graue Heer der Erwerbslosen an den Stempelstellen hoffnungslos und verbittert, verlangen Millionen und aber Millionen arbeitswilliger Hände vergeblich nach Arbeit. Die Kohlen türmen sich auf den Halde und schon hängen Hunderttausende vor dem kommenden Winter. In den Ställen der Bauern drängt sich das schlachtreife Vieh und in den Städten erwachen jeden Morgen Millionen von Müttern mit der nagenden Sorge, wie sie am neuen Tag die hungrigen Mäuler satt machen sollen. Das Volk hungert bei vollen Scheunen.

Seit Jahr und Tag erheben Millionen immer aufs neue die bange Frage: werden wir jemals aus dem Jammer dieser Krise herauskommen? Und wenn wir herauskommen, wird uns nicht schon wenige Jahre später eine neue Krise in neue Not und neues Elend stürzen? Soll diese Frage immer und immer unbeantwortet bleiben? Gibt es gar keinen Ausweg aus dieser mörderischen Krise? Gibt es gar kein Mittel, um endlich den Arbeitslosen Arbeit, den Hungernden Brot, den Verzweifelnden neuen Lebensinhalt zu geben?

Es gibt ein Mittel, es gibt einen Weg und diesen Weg weist das Programm der freien Gewerkschaften für den Umbau der Wirtschaft, weisen die Gesetzentwürfe, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion — gestützt auf dieses Programm — dem neuen Reichstag vorlegt.

Wir haben uns lange in unseren Reihen darüber gestritten, ob diese Krise nur eine gewöhnliche kapitalistische Krise ist oder eine Krise des Kapitalismus selbst, ob die Zeit schon reif ist für den Umbau der Wirtschaft. Die Verantwortung vor der Arbeiterschaft hinderte uns, mit leichtfertigen Parolen trügerische Hoffnungen zu erwecken. Jetzt ist dieser Streit entschieden. Jetzt sind wir zu der festen Ueberzeugung gekommen: die Zeit ist reif für den Umbau der Wirtschaft, die Stunde verlangt gebieterisch die Lösung der Krise durch sozialistische Maßnahmen.

Die psychologischen Voraussetzungen für den Umbau der Wirtschaft waren niemals günstiger als jetzt. Die kapitalistischen „Wirtschaftsführer“ haben den Kapitalismus selbst an den Rand des Abgrundes geführt, haben Milliarden und aber Milliarden nutzlos verpulvert, Millionen und aber Millionen an den Bettelstab gebracht. Jetzt suchen sie beim Staat Hilfe und wollen mit den Machtmitteln des Staates, mit den Steuergeldern der Allgemeinheit ihre wankende Herrschaft über die Wirtschaft stützen. Wir aber rufen ihnen zu: Tretet ab! Der Staat ist nicht dazu da, eure Schulden zu bezahlen und eure Unfähigkeit zu büßen. Der Staat soll die Führung der Wirtschaft selbst in die Hand nehmen und an Stelle der planlosen kapitalistischen Wirtschaft eine planmäßige sozialistische Wirtschaft aufbauen.

Wir wissen, daß der Uebergang zur sozialistischen Planwirtschaft kein Neuaufbau, sondern nur ein Umbau sein kann. Wir wissen, daß nicht mit einem Schlag an Stelle der jetzigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine sozialistische Wirtschaftsordnung gesetzt werden kann, sondern daß das nur das Ergebnis einer mühevollen Arbeit und eines jähen Ringens sein kann. Wir wissen aber auch, daß wir diese Aufgabe nicht einem Staat übertragen können, der von den Großagrarern und den Großkapitalisten beherrscht wird, sondern daß wir uns erst die Macht im Staate erkämpfen und den Einfluß der Junker und Industrieherrn brechen müssen. So haben die Sozialisierung der Schwerindustrie und die Enteignung des Groß-

„Gebietarisches Halt.“

Letzte Warnung des Zentrums an Papen.

Gegen die vielfachen Andeutungen, daß die Reichsregierung die Absicht habe, den Reichstag noch vor seinem Zusammentritt oder vor einem Mißtrauensvotum aufzulösen und dann mit verfassungswidrigen Mitteln weiter zu regieren, wendet sich mit betonter Einmütigkeit die Zentrumspresse. In dem offiziellen „Presseblatt der Zentrumsparlei“ wird neuerdings darauf hingewiesen, daß es Sache der Regierung sei, im Reichstag eine Mehrheit zu suchen und so die an sich vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden. In einem hochoffiziellen Artikel des Zentrumsdienstes wird diese Auffassung besonders unterstrichen. Es heißt darin u. a.:

„Der Reichstag ist arbeitsunfähig, sagt die Reichsregierung. Das mag nach außen so scheinen. Aber hier in dieser allgemeinen Not und Gefahr, in der selbst

Staatsfeinde nicht ausgeschlossen

erscheinen, ist es eben wiederum die Zentrumsparlei, deren Bestreben darauf gerichtet bleibt, auch diesen Reichstag arbeitsfähig zu machen, die lähmende radikale Mehrheit in ein positives Fahrwasser zu lenken. Darum die sorgenden Besprechungen, darum die Fühlungnahme der Zentrumsführer mit allen anderen Führern gegnerischer Parteien, von denen wir annehmen müssen und wollen, daß sie wahrhaft national und vaterlandsliebend sind, eigene Parteinteressen zurückstellen, weil es um Deutschland geht.“

Zum Schluß aber wird dieser Aufsatz, den man wohl nicht mit Unrecht auf den Zentrumsführer Raas zurückführen darf, ganz deutlich:

„Wie auch die Pläne der Reichsregierung sich noch offenbaren werden,

wir im Zentrum und in der Bayerischen Volkspartei rufen ihr ein gebieterisches Halt sofort zu,

wenn sie den Weg der Verfassung verläßt. Dann werden wir mit den schärfsten Mitteln zur Abwehr drohender Gefahren schreiten, unbeeuglichen Willens weiterzugehen um die wirkliche nationale Sammlung der Volkskräfte, um so doch allen diktorialistischen und Parteiherrschsüchtigen zum Trotz eine Regierung für das Volk und mit dem Volke zu bilden, die dessen Rechte schützt und wahr.“

Das Zentrum sieht also ebenso wie die Bayerische Volkspartei es schon als eine unbestreitbare Tatsache an, daß die Re-

gierung Papen mit verfassungswidrigen Mitteln sich an der Macht zu halten suche, trotzdem sie ganz unzweifelhaft weder im Reichstage noch im Volke eine Stütze findet. Daß das Zentrum dagegen von sich aus die allerhöchsten Kampfmaßnahmen ankündigt, ist ein besonderes Zeichen der Zeit.

Auch die Bayern warnen!

München, 26. August. (Eigenbericht.)

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz warnt das Kabinett Papen noch einmal eindringlich vor verfassungswidrigen Experimenten. Sie hält mit einem bewundernswürdigen Optimismus immer noch an der Möglichkeit einer parlamentarischen Lösung der Regierungskrise fest und schreibt:

„Die schwere politische Krise enthebt weder die Parteien des Reichstags und noch weniger den Reichspräsidenten und die Reichsregierung der Pflicht, die Frage restlos zum Ausreißer kommen zu lassen, ob tatsächlich schon alle legalen und normalen Regierungsmöglichkeiten erschöpft sind. Bis zur Stunde sind wir noch nicht so weit, daß ein endgültiges Urteil gefällt werden könnte. Der Reichstag muß sich unter allen Umständen mit der Frage der Regierungsbildung befassen. Solange sich die Aussicht bietet, eine Regierung zustande zu bringen, die dem Willen der Verfassung entspricht, solange hat auch der Reichspräsident die verfassungsmögliche Pflicht, nichts unversucht zu lassen, einen solchen normalen Regierungszustand herbeizuführen.“

Die Idee des präsidentiellen Kabinetts, die gut und schön ist, darf unmöglich mit der Vorstellung verknüpft werden, daß es sich hierbei ohne weiteres um ein Konfliktkabinett handele, das mit einer Volksvertretung überhaupt nichts zu tun hätte und ihre Rechte einfach ignorieren könnte. Aus der Ueberzeugung heraus, daß es ein dringendes Gebot einer verantwortungsbewußten Staatspolitik ist, gerade in dieser kritischen Situation auf der Forderung legaler Regierungsmethoden zu bestehen, ist es zu begrüßen, daß die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialistischer Partei über eine Regierungsbildung sowohl in Preußen als im Reich bis zur Stunde keinesfalls als endgültig gescheitert oder als völlig aussichtslos bezeichnet werden können.“

grundbesitzes, die wir als vordringliche Maßnahmen fordern, eine doppelte Bedeutung: sie sollen die Machtstellung der Großkapitalisten und der Großagrarier ein für allemal beseitigen und sie sollen zugleich die ersten Schritte für den Umbau der Wirtschaft sein!

Oekonomisch ist die Zeit für den Umbau der Wirtschaft reif, ist sie es auch politisch? Kein Zweifel, die sozialdemokratischen Gesetzentwürfe finden in diesem Reichstag keine Mehrheit. Aber auch kein Zweifel, daß wir in Deutschland nicht nur eine Krise des Kapitalismus, sondern zugleich eine Krise des kapitalistischen Denkens erleben. Noch war es eine Uebertreibung, als Gregor Straßer im Reichstag behauptete, 95 Proz. unseres Volkes seien von anti-kapitalistischer Sehnsucht erfaßt. Noch sind die Nazis selbst der stärkste und letzte Schutzwall der Kapitalisten. Aber der Glaube an die Unerlöschlichkeit des Kapitalismus ist erschütterter. Der Boden ist aufgelockert und kann jetzt umgepflügt werden.

Wir haben diese Gesetzentwürfe eingebracht, obgleich wir wissen, daß sie im Reichstag keine Mehrheit finden. Aber wir haben sie nicht eingebracht, um die Nazis zu entlarven. Haben seit Jahr und Tag unsere besten Fachmänner und Sachverständigen über diesen Plänen und Entwürfen gesehnen, damit sie uns nun für ein Entlarvungsmanöver gerade gut genug wären? Haben wir dafür alle Jahr für Jahr mit diesen Problemen und Schicksalsfragen gerungen, daß wir jetzt unsere Ueberzeugung einem taktischen Schachzug opfern sollten? Nein, wir wollen die Nazis nicht entlarven, wir wollen ihre Anhänger, ebenso wie die kommunistischen Anhänger gewinnen! Wir wollen sie im unermüdligen geistigen Kampf davon überzeugen, daß nicht die verlogenen Parolen ihrer eigenen Führer, sondern nur das Wirtschaftsprogramm der

Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften ihnen die Erfüllung ihrer „antikapitalistischen Sehnsucht“ bringen kann.

Fällt die Entscheidung über diese Gesetzentwürfe in diesem Reichstag nicht, so werden wir weiterkämpfen, bis wir sie erzwingen haben. Diese Waffen sind nicht in jahrelanger, mühevoller Arbeit geschmiedet worden, um nur in einem parlamentarischen Scheingefecht zu paradieren, nein, sie sollen die Waffen sein, mit denen wir einen neuen Kreuzzug für den Sozialismus eröffnen. Zwei Menschenalter hindurch hat die sozialistische Arbeiterbewegung den wertvollen Waffen den Sozialismus als leuchtendes Zukunftsideal vor Augen gehalten. Jetzt ruft sie den Schaffenden in Stadt und Land zu: Der Sozialismus ist in Deutschland nicht mehr Zukunftsideal, er ist Gegenwartsaufgabe.

Für diese Aufgabe, die größte, die je einem Volke gestellt worden ist, wollen wir jenen Kreuzzug führen mit der letzten Hingabe und dem letzten Einsatz aller Kräfte, die unsere Verantwortung vor der Geschichte und vor der Arbeiterbewegung von uns verlangt. Und wenn wir diesen Kreuzzug führen, dann kann uns der Sieg — wenn auch nach langen und schweren Kämpfen — nicht fehlen. Unser Kampf wird nicht nur den Mut der Verzagenden, den Glauben der Verzweifelnden neu stärken und beleben, er wird schließlich auch diejenigen mitreißen, die heute noch geblendet und irregeleitet den falschen Propheten von rechts und links nachlaufen.

**Auf, Sozialisten, schlicht die Reihen!
Die Trommel ruft, die Banner wehn!
Es gilt die Arbeit zu befreien,
Es gilt der Freiheit Auferstehn!**

Wirrwarr im Recht.

Auflösung des neuen Reichstags? — Und die
Notverordnungen?

In einem Gewerbe hat die Regierung Papen die Arbeitslosigkeit bereits restlos beseitigt, nämlich in dem der Staatsrechtslehrer. Hier herrscht Hochbetrieb, und täglich werden am Fließband neue Theorien aufgestellt. Jede Stunde bringt eine neue Rechtslage.

Bis zum Abgang der Regierung Brüning waren die Dinge ziemlich klar. Die Regierung Brüning war eine „Präsidentenregierung“ mit parlamentarischer Notgrundlage. Sie konnte vor den Reichstag treten, ohne Mißtrauensvoten zu erhalten, und Notverordnungen erlassen, ohne daß sie vom Reichstag aufgehoben wurde.

An Stelle dieses verhältnismäßig klaren Zustandes hat die „grundständig neue Art der Staatsführung“ einen wahren Kattenkönig staatsrechtlicher Probleme erzeugt. Die „autoritäre“ Regierung löste den Reichstag auf und jagte, ohne zu sagen, was sie selber wollte, das Volk führerlos in neue Reichstagswahlen. Die Auflösung erfolgte mit der Begründung, daß der Reichstag nicht mehr dem Willen des Volkes entsprach. Jetzt hat man einen Reichstag, der dem Willen des Volkes entspricht, und weiß, daß dieser Reichstag entschlossen ist, nahezu einstimmig jedes Mißtrauensvotum gegen diese Regierung anzunehmen und die Aufhebung jeder von ihr erlassenen Notverordnung zu fordern.

Nach dem vollkommen eindeutigen Wortlaut der Verfassung muß die Regierung zurücktreten, wenn ihr der Reichstag das Vertrauen entzieht, und müssen die Notverordnungen aufgehoben werden, wenn der Reichstag es verlangt. Ja, aber wenn der Reichstag überhaupt keine tragfähige Grundlage für irgendeine wie immer geschaffene Regierung bietet — was dann? Dann tritt der von den Staatsgelehrten viel beschworene „staatliche Notstand“ ein, der irgendwelche über die Verfassung hinausgehende Maßnahmen erfordert.

Das Vorhandensein des Notstands kann nicht geleugnet werden. Aber sofort ergibt sich die Frage, ob dieser Notstand derjenigen Regierung, die ihn durch ihre geniale Staatsführung erst geschaffen hat, das Recht gibt, sich über Verfassung und Gesetz zu stellen. Diese Frage muß auf das verschiedenste verneint werden. Auch der von der Papen-Regierung geschaffene Notstand gibt nicht das Recht, den neuen Reichstag aufzulösen, ohne in der vorgeschriebenen Frist Neuwahlen vorzunehmen. Ebenjowenig hat die Regierung Papen das Recht, die zu erwartenden negativen Entscheidungen des Reichstags durch schleunige Wiederauflösung zu hindern. Umgekehrt hat der Reichstag das Recht zu sagen, wie er zu dieser Regierung und zu den von ihr erlassenen Notverordnungen sieht.

Von hier aus ergibt sich ein Ausblick auf eine andere höchst interessante Frage: die Frage nach der Rechtsgültigkeit der auf Grund der Notverordnungen ausgesprochenen Sondergerichtsurteile. Die Aufhebung dieser Notverordnungen durch eine ungeheure Mehrheit des Reichstags ist gewiß. Damit verlieren, wenn man den Sinn der Verfassung achten will, alle auf Grund der Notverordnung vom 9. August gefällten Urteile die Rechtsgrundlage und alle Verhandlungen sind vor den ordentlichen Richtern zu wiederholen, wobei nur das Strafrecht, wie es vor dem 9. August bestand, zur Anwendung kommen kann. Auf solche Weise würden alle von Sondergerichten gefällten Todes- und Zuchthausurteile ungültig werden!

Angeht dieses unübersehbare Wirrwarr, von dem hier nur ein kleiner Teil aufgezeigt wurde — man denke z. B. an Preußen! —, muß immer wieder die Forderung erhoben werden, daß mit der Rückkehr zu geordneten Rechtszuständen begonnen wird. Jeder Schritt weiter weg von der Verfassung ist ein Verbrechen am deutschen Volk!

Gumbels Maßregelung.

Skandalöse Begründung des Unterrichtsministeriums.

Karlsruhe, 26. August. (Eigenbericht.)

Die badische Unterrichtsverwaltung teilt heute die Gründe mit, welche zur Entziehung der Lehrberechtigung des Professors Dr. Gumbel an der Universität Heidelberg führten. Die Unterrichtsverwaltung erklärt u. a.:

„Der bestimmungsgemäß an der Universität Heidelberg über den bekannten Vorfall eingesezte Untersuchungsausschuß hat festgestellt, daß Professor Dr. Gumbel in einem am 27. Mai 1932 im Heim der sozialistischen Studentengruppe in Heidelberg abgehaltenen Vortrag, nachdem ihm bekannt war, daß politische Gegner anwesend waren, im Zusammenhang einer Darstellung der Not und der Schrecken eines Krieges sich dahin geäußert habe, „das angesehene Kriegerdenkmal sei nicht eine leichtbeleidete Jungfrau mit der Siegespalme in der Hand, sondern ein Stein mit einer Röhre“.

Nach Auffassung des Untersuchungsausschusses war diese Äußerung ihrem Ton und Wortlaut nach geeignet, die Ehrfurcht vor den Gefallenen des Weltkrieges zu verletzen und das nationale Empfinden auf das tiefste zu kränken. Entscheidend und erschwerend falle hierbei ins Gewicht, daß die gemachte Äußerung sich in derselben Richtung bewege und den gleichen Charakter habe, wie die allgemein bekannte, von Professor Dr. Gumbel selbst zugegebene Äußerung von 1924 über das Feld der Unehre. Mit der gemachten Äußerung habe Professor Dr. Gumbel aus neue bewiesen, daß er nicht imstande sei, eine Verletzung von heiligsten Empfindungen zu vermeiden. Unbeschadet seiner wissenschaftlichen Qualitäten und seines wissenschaftlichen Interesses sei festzustellen, daß Professor Dr. Gumbel seine politische Anschauung in einer mit den Pflichten seiner akademischen Stellung nicht verträglichen rücksichtslosen und demagogischen Weise vertrete und keine hinreichende Selbstkontrolle besitze, um Äußerungen zu vermeiden, die beleidigend und verletzend und die Achtung und das Vertrauen, dessen ein Hochschullehrer bedarf, erschüttern. Dieser Stellungnahme des Untersuchungsausschusses ist auch die philosophische Fakultät der Universität Heidelberg und der engere Senat der Universität beigetreten.“

Gralshüter Kerri.

Der Nazipräsident verlangt von Papen — Schutz der Verfassung!

Zwischen dem Reichskommissar für Preußen und dem Preussischen Landtag ist, wie zu erwarten war, ein offener Verfassungskonflikt ausgebrochen. Der Stellvertreter des Reichskommissars, Dr. Bracht, hat vor einigen Tagen den Landtagspräsidenten aufgesucht und ihm mitgeteilt, daß die kommissarische Preußenregierung sich nur dem Reichspräsidenten verantwortlich fühle und nicht geneigt sei, anzuerkennen, daß sie dem Landtag irgendwelche Rechenschaft schuldig wäre.

Das ist am Freitag auch schon praktisch vorgeführt worden, als im Gemeindeausschuß des Landtages die Regierung erklären ließ, daß sie an der von ihr erlassenen Verordnung über die Zusammenlegung von Kreisen festhalten werde, ganz gleichgültig, ob der Gemeindeausschuß oder der Landtag etwas anderes beschließe.

Dieser Verfassungskonflikt ist jetzt sogar dem nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kerri zum Bewußtsein gekommen. Deshalb hat er an den eigentlichen, von Hindenburg eingesezten Reichskommissar für Preußen, von Papen, einen langen Schreibebrief geschrieben, in dem er

auf die — Innehaltung der Verfassung drängt!

Verfassungsmäßig, sagt er, sei jede Regierung dem Landtage verantwortlich, und verfassungsmäßig habe jeder Minister vor dem Landtage zu erscheinen, sobald es verlangt wird. Statt sich auf ihre Aufgabe, Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände, zu beschränken, habe diese kommissarische Regierung sogar eine Verwaltungsreform in Preußen durchgeführt. Deshalb lege er als Präsident des Landtags schärfsten Protest ein gegen die Durchführung von Maßnahmen, von denen noch nicht feststehe, ob sie den Interessen des Volkes dienen.

Kerri muß zugestehen, daß er in einem Schreiben vom 19. Juli etwas ähnliches wie die Einsetzung eines Reichskommissars gefordert habe. Der Reichspräsident sei aber über seine Forderung hinausgegangen und habe durch Notverordnung die gesamte preussische Regierung in die Hände des Reichskommissars übergeführt. Zum Schutz richtet Kerri an Papen die Bitte, dem Reichspräsidenten den Erlaß einer Notverordnung vorzuschlagen, durch welche die vom alten Landtag beschlossene Geschäftsordnungsänderung für nichtig erklärt wird. Er fügt wörtlich hinzu:

„Der Herr Reichspräsident hat bekanntlich für die peinliche Befolgung der Verfassungsrechte stets Sorge getragen; das läßt mich hoffen, daß er auch meinem Verlangen nach Wiederherstellung völlig verfassungsmäßiger Zustände in Preußen entsprechen wird.“

Wenn der Exponent der Hitler-Partei, der jetzt den Präsidentenstuhl des Landtags benutzen darf, sich als Hüter der Verfassung aufspielt, so erbeutet das gewiß nicht der Komit.

Wenn alle nationalistischen Hochschullehrer mit dem Maße gemessen würden, das hier an Gumbels Äußerungen gelegt wurde, dann wären viele Lehrstühle schon seit langem verwaist oder unbesezt worden. Denn was Nationalisten sich in bezug auf „rücksichtslose und demagogische“ Vertretung ihrer Ansichten über Republik und Republikaner leisten, das ist hinreichend bekannt und mit den gelegentlichen Bemerkungen des Naziführers Gumbel überhaupt nicht zu vergleichen. Besonders bedauerlich bleibt, daß die Nachregelung des Naziführers gerade in Baden erfolgt, das einst den Ruf genoss, ein „Musterland“ der Freiheit zu sein!

Gegen die Auflösung der Landkreise.

Einheitsfront der Parteien im Gemeindeausschuß.

Der Gemeindeausschuß des Preussischen Landtags beschäftigte sich am Freitag mit den zahlreichen Anträgen und Eingaben, die sich gegen die Notverordnungen zur Auflösung und Zusammenlegung zahlreicher Landkreise wenden.

In allen Eingaben wird betont, daß die Notverordnung wirkliche Ersparnisse nicht bringe, da die Beamten übernommen und die Angestellten anderweitig untergebracht werden müßten. Dafür aber würde der Bevölkerung eine unberechtigte Belästigung auferlegt, weil sie weitere Wege zurücklegen müßte, um zur nächsten Kreisstadt zu gelangen: Sämtliche Parteien erklärten sich gegen die Verordnung der kommissarischen Regierung. In der Abstimmung wurde zunächst ein deutschnationaler Antrag gegen Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen, der das Staatsministerium um baldigste Vorlegung eines Gesetzes über eine planmäßige Verwaltungsreform ersucht. Weiter wurde unter Stimmenthaltung des Zentrums ein nationalsozialistischer Antrag beschlossen, wonach die Verordnung des Reichskommissars als rechtungsgültig außer Kraft zu setzen sei. Alle übrigen Anträge waren dadurch erledigt. Ein Vertreter des Staatsministeriums hatte vor der Abstimmung die Erklärung abgegeben, daß der Reichskommissar an seiner Verordnung festhalte, auch wenn der Gemeindeausschuß und der Landtag gegenläufige Beschlüsse fassen. Die kommissarische Regierung sei nur bereit zu Zugeständnissen kleinerer Art.

Sprengstofflager beim Nazi.

Schwerer Unglücksfall in Thüringen.

Gera, 26. August. (Eigenbericht.)

Durch einen bedauerlichen Unglücksfall, dem drei Kinder zum Opfer fielen, ist man in Gera einem versteckten Munitionslager der Nazis auf die Spur gekommen. Die spielenden Kinder fanden an dem Grundstück des als Streiftreiber bekannten Nazis Rasche eine Kiste mit Sprengkapseln. Aus bisher nicht bekannten Gründen geriet ein Sprengkörper zur Explosion und verletzte die Kinder schwer. Der 9jährige Knabe Schumann mußte mit schweren Kopf-, Arm- und Beinverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Der Vorgang veranlaßte die Polizei, auf dem Grundstück des Rasche sofort Haus-suchungen vorzunehmen, die auch von Erfolg waren. Man fand beträchtliche Mengen Munition und Waffen vor. Auf dem Grundstück finden an jedem Sonntag Übungen des Nazi-Lampourcorps statt. Man hat es also hier offenbar mit einem offiziellen Waffenlager der SA zu tun.

Aber die Sache hat auch einen ernstesten Hintergrund. In dem schon erwähnten Brief, den Kerri am 19. Juli an den Reichskanzler richtete, behauptete der neue Landtagspräsident im Vollgefühl seiner Würde, die verfassungsmäßige, aber nur geschäftsführende Regierung sei in der Lage, sich über jeden Beschluß des Landtags hinwegzusetzen und habe das auch bereits bei verschiedenen Beschlüssen des Landtages getan. Deshalb sei für Preußen ein Notstand hereingebrochen, der unbedingt abgeändert werden muß. Aus diesem Grunde stellte Kerri

„der Reichsregierung zur Erwägung, ob nicht durch den Herrn Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 eine Verordnung erlassen werden kann, durch die dieser unwürdige, dem Willen der Mehrheit des preussischen Volkes nicht entsprechende Zustand abgeändert wird“.

Weiter fordert dieser seltsame Landtagspräsident den Reichskanzler auf, in Preußen die Polizeigewalt auf das Reich zu übernehmen!

Das war, wie gesagt, am 19. Juli. Der „Vorwärts“ hat sofort gegen diese Ungeheuerlichkeit protestiert und zum Ausdruck gebracht:

„Reichskommissar ist Staatsrechtlich Reichskommissar, in den Augen der verfassungstreuen Bevölkerung ein Gewalt-haber ohne Recht. Reichskommissar bedeutet nicht Ordnung, sondern Chaos, nicht weniger Blut, sondern mehr — niemand kann sagen, wieviel! Reichskommissar ist der Rome des Instruments, mit dem eine gewalttätige Minderheit nach der politischen Macht greift.“

Trotz dieser Warnung ist unmittelsbar nach dem Schreiben Kerri der Reichskommissar ernannt worden. Jedermann im Lande wußte, daß hier ein Spiel mit verteilten Rollen gespielt war, daß der Brief Kerri gemissermaßen den noch fehlenden Rechtsgrund für die Ernennung des Reichskommissars liefern sollte.

Jetzt ist der Reichskommissar vier Wochen im Amt. Die Ordnung im Lande ist, wie der „Vorwärts“ vorausgesehen hat, nicht verbessert, sondern verschlimmbessert worden. Jetzt muß auch der Landtagspräsident von Hitlers Gnaden erkennen, daß der Reichskommissar und seine kommissarische Regierung ihm und seinen Gefolgsleuten aus dem Kajiblog noch weniger Ehrfurcht entgegen bringt, als das die demokratisch denkende, verfassungsmäßige geschäftsführende Regierung zu tun bereit war.

Deswegen verlangt er jetzt Wiederherstellung der Verfassung, nachdem er ihre Verletzung selber angeregt hat. Aber er geht gleichzeitig darüber hinaus und verlangt eine weitere Verfassungserziehung, indem er den Reichspräsidenten auffordert, die Geschäftsordnung des Landtags zu ändern, die in keiner Weise zu den Zuständigkeiten des Reichspräsidenten gehört. Die Geschäftsordnung des Landtags ist Sache des Landtags — das sollte auch ein Landtagspräsident wissen, der sich als Hüter der Verfassung ausgeben möchte!

Hitlers Gesundheitszustand.

Gerüchte in der französischen Presse.

Paris, 26. August. (Eigenbericht.)

Der Kampf um die Führung in der Hitler-Partei wird von der französischen Presse eingehend besprochen. Die Blätter sprechen davon, daß der Gesundheitszustand Hitlers, der wegen seines Nervenzusammenbruchs plötzlich ein Sanatorium habe aufsuchen müssen, nicht mehr der beste sei. Der „Matin“ ist der Auffassung, daß Hitlers Stellung als Führer in der Nationalsozialistischen Partei mindestens ebenso stark erschüttert sei wie seine überanstrengten Nerven, denn man habe zum Stellvertreter Hitlers Georg Straßer ernannt, der bisher als der „intimste Feind“ Hitlers gegolten habe.

Aus dem Braunen Haus in München werden diese Nachrichten als unrichtig bezeichnet — aber in Deutschland und auch anderswo ist das Dementieren so sehr zur automatischen Reaktion dementierfähiger Stellen auf alle irgendwie unangenehme Nachrichten geworden, daß sehr viele Leute solche Dementis nur noch als fällige Bestätigung der angeblich falschen Nachricht ansehen. So wird es wohl auch jetzt bei denen sein, die an Herrn Hitler schon längst bedauerliche Zeichen von geistiger Schwäche wahrzunehmen so abbaumäßig gewesen sind.

„Berlin am Morgen“ verboten.

Wegen der Kritik am Schmidke-Prozeß.

„Berlin am Morgen“ ist vom Berliner Postzettelpräsidium bis einschließl. 2. September verboten worden und zwar wegen des am 25. August unter der Ueberschrift „Ausnahmeguillotine in Moabit“ erschienenen Berichtes über die Verhandlung gegen Schmidke und Widel. In der Verbotsbegründung heißt es, daß sowohl in der Ueberschrift als auch im Bericht selbst eine Verächtlichmachung des Sondergerichtes und seiner Richter enthalten sei ferner eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen die Richter und endlich eine Gefährdung lebenswichtiger Interessen des Staates. Von einer Verwarnung bzw. einer Auflöserklärung werde kein Gebrauch gemacht, weil damit der Zweck nicht erfüllt werden könnte.

Der verkaufte Brüning.

Eine Reportergröteske aus Konstanz.

Nachdem die Meldungen einiger Blätter über eine Zusammenkunft führender Zentrumsmitglieder mit Gregor Straßer in Stuttgart sich als falsch erwiesen hatten, konnten einige sündige Reporter die Meldung in die Welt setzen, daß sich Brüning und Straßer in Konstanz getroffen hätten. Auch diese Nachricht stellt sich jetzt als falsch heraus.

Die „Deutsche Bodenbesetzung“, das Zentrumsorgan des badischen Seekreises, glaubt, daß die Nachricht von der angeblichen Zusammenkunft darauf zurückzuführen sei, daß in den letzten Tagen ein Obertelegraphenbetriebsleiter Johann Brüning aus Bremen und ein Reichsbahnpolizeibeamter M. Straßer aus Krefeld in Konstanz übernachtet haben. — Reporterpech!

Offener Nazihojn gegen Papen.

Wie man bei Hitler mit einer Regierungsaufgabe umspringt.

Karlsruhe, 26. August. (Eigenbericht.)

Die badische Regierung hat die beiden nationalsozialistischen Blätter „Volksgemeinschaft“ in Heidelberg und deren Kopfblatt „Das Hakenkreuzbanner“ in Mannheim auf die Dauer von 10 Tagen verboten. Die beiden Blätter kamen der ihnen von der Regierung gemachten Auflage, die amtliche Kundgebung der Reichsregierung wegen der Beuthener Todesurteile abzubilden, in der Weise nach, daß sie die Kundgebung auf der dritten Seite in Kleindruck unter der Schlagzeile: „Geisteskranke wirft sich vor einen Zug!“ brachten.

Dazu machten die Blätter folgende Bemerkungen: „Immerhin scheint es bei Herrn von Papen langsam zu dämmern, daß er im Volk und demgemäß in der deutschen Presse auf hundertprozentige Ablehnung und Haß stößt, sonst werde er die Drohung, mit der er die Kundgebung in die Welt schießt, nicht für nötig halten. An „hervorragender Stelle“ erscheint jedenfalls bei uns der Aufruf Adolf Hitlers und dann noch eine ganze Reihe anderer wichtiger Meldungen, die sich insgesamt schon im Druck befinden. Herrn Papens Kundgebung, die wir vorläufig nicht kommentieren, da wir sie keineswegs für „hervorragend“ halten, erscheint deshalb unter den letzten politischen Nachrichten, Sensationen und Unfallsmeldungen an dieser Stelle.“

Auf der ersten Seite des Blattes bringen die beiden Zeitungen den Aufruf Adolf Hitlers unter den Schlagzeilenüberschriften: „Adolf Hitler ruft zum Kampf gegen das Bluturteil des Systems Papen. Wir werden auch mit dieser Regierung der Hinrichtung unserer Mitkämpfer fertig werden.“

Kampf um die SA-Polizei.

Klagges setzt bei Gayl nochmals den Bohrer an.

Braunschweig, 26. August. (Eigenbericht.)

Minister Klagges will, da er fortgesetzt von seinen Parteifreunden gedrängt wird, nicht auf die Aufstellung eines SA-Selbstschutzes verzichten. Die Regierung teilt deshalb am Freitag mit, daß sie den Selbstschutz noch nicht für erledigt ansehe, sondern sie halte vielmehr nach wie vor am Selbstschutzedanken fest. Sie werde sich jetzt neuerdings an den Reichsinnenminister unter Vorlegung der Gründe für die Notwendigkeit eines Selbstschutzes im Lande Braunschweig wenden.

In Regierungskreisen hoffte man, daß sich der Reichsinnenminister den neuerlichen Vorstellungen des Landes Braunschweig nicht verschließen werde. Diese Kritik richtet sich deutlich gegen die Deutschnationalen, die gegen den Selbstschutz beim Reichsinnenminister vorstellig geworden sind. Der Ortskampfleiter der Eisernen Front, Kglg. Thielemann, hat gleichzeitig ein Schreiben an den Reichsinnenminister geschrieben, in dem er im Namen der Republikaner der Stadt Braunschweig gegen die Aufstellung des Selbstschutzes aus SA-Deuten protestiert, da dieser Selbstschutz eine ständige Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellen würde.

Die Bomben-Attentate von Holstein.

Sechs weitere SS-Leute verhaftet.

Hamburg, 26. August.

In Elmshorn und Umgebung sind neue Verhaftungen wegen der Handgranatenschläge in Schleswig-Holstein vorgenommen worden. Die Verhafteten sind ausnahmslos SS-Leute, darunter der Truppführer der SS, Elmshorn, Willi Kiesebeck. Die Verhafteten wurden nach Altona gebracht.

Ein schäbiger Rest.

Aber dafür ein großspuriger Aufruf.

Stuttgart, 26. August. (Eigenbericht.)

Der Landesverband der Wirtschaftspartei für Württemberg und Hohenzollern teilt mit, daß er seine Organisation aufgelöst hat und daß der bisherige Landesvorstand zur Deutschnationalen Partei übergetreten sei, die den leitenden Persönlichkeiten der Wirtschaftspartei in Stadt und Land entsprechende Stellen in ihrer eigenen Organisation sichergestellt habe. Der Landesvorstand fordert deshalb die Parteimitglieder auf, seinem Beispiel zu folgen.

Das hört sich sehr großspurig an, es steht aber dafür um so weniger dahinter. Bei der letzten Reichstagswahl erhielt nämlich die Wirtschaftspartei in Württemberg und Hohenzollern ganze 2578 Stimmen, das sind sage und schreibe noch nicht ein Fünftel Prozent der in Württemberg und Hohenzollern insgesamt abgegebenen Stimmen. Daran kann man die völlige Belanglosigkeit dieser Splitterpartei erkennen, die auch dadurch nichts an Bedeutung gewonnen hatte, daß der ehemalige deutschdemokratische Abgeordnete Henne demonstrativ vor den Wahlen zu ihr übertrat. Im Gegenteil, dieser Übertritt scheint zur Verkürzung der Lebensdauer der Wirtschaftspartei in Württemberg erheblich beigetragen zu haben.

Heimkehr von Ottawa.

Luftweilfahrt britischer Minister zur Begrüßung.

London, 26. August.

Die englische Abordnung für die Ottawaer Konferenz traf am Freitag am Bord der „Empress of Britain“ in England ein. Um sie rechtzeitig begrüßen zu können, trugen der Ministerpräsident Macdonald und der Außenminister Sir John Simon in zwei englischen Kampfflugzeugen ein Luftrennen von Liffemouth nach London aus, das Macdonalds Maschine mit einigen Sekunden Vorsprung gewann. Die „Empress of Britain“ wurde von Kampfflugzeugen nach Southampton geleitet und mit einem hundertstimmigen Sirenenkonzert begrüßt.

Baldwin erklärte bei der Ankunft: „Wir waren eine glückliche und geeinigte Mannschaft, und unser Erfolg in Ottawa war ein Mannschaffserfolg. Es kam nicht darauf an, daß der einzelne das Rennen machte, die Hauptsache ist, daß es gemacht wurde.“

Im Londoner Waterloo-Bahnhof wurden die Minister von einer großen Menschenmenge begeistert begrüßt.

Straßenkampf in Rio.

MG-Feuer in der Hauptstadt.

London, 26. August

Meldungen aus Sao Paulo zufolge soll sich der frühere Präsident Bernardes mit 5000 Mann in Rio de Janeiro gegen die Regierungsgewalt erhoben haben. Regierungstruppen feuern in den Hauptstraßen mit Maschinengewehren auf die Menge.

Gott schütze uns...

Die Deutschnationalen des Landes Braunschweig haben den Reichsminister von Gayl gebeten, die geplante Selbstschutzhorganisation der Nationalsozialisten nicht zu genehmigen



Hugenberg: „Hilfe! Hilfe! — Unser Freund will uns beschützen!“

Zusammenstöße im Finowprozeß.

Provokationen des Naziverteidigers.

Eberswalde, 26. August. (Eigenbericht.)

In der Freitagssitzung des Eberswalder Landfriedensbruchprozesses, in der mit der Beweisaufnahme fortgefahren wurde, kam es zwischen dem Verteidiger des Reichsbanners, Rechtsanwalt Joachim, und dem Verteidiger der Nationalsozialisten, Rechtsanwalt Deutschmann, sowie den angeklagten Nationalsozialisten wiederholt zu heftigen Zusammenstößen.

Rechtsanwalt Deutschmann regte sich mehrmals in der bei den Nationalsozialisten üblichen geräuschvollen Tonart auf und machte dem Verteidiger des Reichsbanners Vorwürfe wegen seiner Fragestellung an geladene Zeugen, so daß Rechtsanwalt Joachim das Gericht um Schutz bitten mußte. In großer Aufregung verließ der Verteidiger der Nationalsozialisten die Sitzung, nachdem er sich für sein Benehmen entschuldigen mußte. Besonders bezeichnend war folgender Zwischenfall: Ein als Zeuge vernommener Nationalsozialist behauptete im Rahmen seiner Aussage, daß es ihm leid getan hätte, an diesem bewußten 31. Juli nichts zum Zuschlagen gehabt zu haben.

Auf die Frage von Rechtsanwalt Joachim, warum ihm das leid getan habe, antwortete der nationalsozialistische Verteidiger mit dem Zwischenruf: „Mir hätte es auch leid getan.“

Einen weiteren Zwischenfall gab es, als Rechtsanwalt Deutschmann den als Zeugen vernommenen Gemeindevorsteher aus Finow beschuldigte, daß er einen Meineid habe leisten wollen. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Achilles, der bemüht war, in jeder Hinsicht sachlich und ruhig zu verhandeln, mußte unter großer Erregung im Gerichtssaal den nationalsozialistischen Verteidiger energisch zurückschicken.

In der Nachmittagsitzung beantragte Rechtsanwalt Deutschmann, der gegen die gegnerische Presse maßlose Vorwürfe richtete, den Berichtsfasser der sozialdemokratischen Eberswalder „Volkswacht“ von den Verhandlungen auszuschließen.

Das Gericht lehnte den Antrag ab. Mit welcher Unfairness und jedem

juristischen Anstand widerstrebenden Mitteln die nationalsozialistische Verteidigung arbeitet, geht auch daraus hervor, daß sie einem als ruhigen und besonnenen Mann bekannten Zeugen vorwarf, daß er mehrere Jahre in Sonnenburg und Hoffnungsthal verbracht haben soll. Diese persönliche Diffamierung erregte stürmische Empörung. Die Beweisaufnahme selbst erbrachte nichts wesentlich Neues. Das Gericht war bemüht, eine genaue und objektive Darstellung der Vorgänge, die sich am 31. Juli in Finow abgespielt haben, zu erhalten. Die Frage, von welcher Seite die ersten Angriffe ausgegangen sind, konnte aber noch nicht geklärt werden. Ungeachtet der übereinstimmenden Aussagen der Reichsbannerleute behaupten die Nazis mit frecher Stirn, daß der erste Schuß von Reichsbannerleuten abgegeben worden ist. Sie begründen ihre Behauptung mit der Tatsache, daß der Rahmen eines auf dem Hofe des SA-Votaks stehenden Fahrrades von einer Kugel durchlöchert wurde. Nach den polizeilichen Feststellungen und Zeugenaussagen erscheint es aber zweifelhaft, ob diese Kugel aus der Menge heraus, die sich vor der Geschäftsstelle der Nationalsozialisten angeammelt hatte, abgefeuert worden ist.

Vorgenommene Sachverständigenversuche lassen es nicht ausgeschlossen erscheinen, daß die Pistole unmittelbar auf den Fahrradrahmen aufgeschloß und dort abgefeuert worden ist. Es wird vermutet, daß der Schuß von SA-Leuten abgegeben worden ist, um den Anschein zu erwecken, daß von den Reichsbannerleuten zuerst geschossen worden sei.

Zu weiterer Beweisaufnahme und Klärung der Vorgänge hat das Gericht 13 weitere Entlastungszeugen für das Reichsbanner geladen. Kurz vor Abschluß der Verhandlung kam es zu einem neuen Zusammenstoß zwischen Rechtsanwalt Joachim, der das Gericht wiederum um Schutz bitten mußte, und dem nationalsozialistischen Verteidiger. Die Aufregung im Gerichtssaal hatte bei den nationalsozialistischen Angeklagten einen Grad erreicht, daß der Vorsitzende die Verhandlung abbrechen mußte. Sie wird bis Mittwoch nächster Woche ausgesetzt.

Japan-Provinz Mandschurei.

Strategischer Eisenbahn- und Hafenbau.

Auf eine sogenannten theoretische Rede des japanischen Außenministers über die kaum verhüllte Annexions der Mandschurei ist rasch ein Akt unverkennbarer Praxis gefolgt: Die Japanische „Koreanische Regierung“ hat die südmandschurische Eisenbahn ermächtigt, den mandschurischen Hafenort Raschin am japanischen Meer in einen großen und modernen Hafen umzuwandeln, der als Endpunkt einer sofort neu zu bauenden strategischen Eisenbahn von Kirin ans Meer hauptsächlich militärischen Zwecken dienen soll. Der neue Hafen ist nicht nur als eine Stadtwort beherrschende (!) Marineflotille, sondern auch zur raschen Beförderung japanischer Truppen nach der Mandschurei vorgesehen.

Wiederbesetzung von Schanghai.

Schanghai, 26. August.

Im Zusammenhang mit der japanischen Aktion gegen die chinesische Boykottbewegung sind in Schanghai neuerlich Truppen gelandet worden. Der Führer erklärte, daß die Landung zum „Schutz der japanischen Interessen“ und besonders zur Sicherstellung der von den Chinesen bedrohten telegraphischen Verbindung erfolgt sei.

In der Provinz Jehol haben die japanischen Truppen einen Angriff gegen die Chinesen unternommen, sind aber zurückgeschlagen worden und mußten sich auf Nanlin zurückziehen.

Komödie.

Dymos: Europa AG.

Die Reklame hatte austrumpet, daß der bisherige Dichter Dymos ein Wunderwerk des Biges lieren und daß Gottfried, Max Reinhardts 20jähriger Sohn, ein Wunderknecht von außerordentlicher Gemaltät sein werde. Das verwöhnte Publikum der Komödie war überrascht, statt dessen die deprimierendste Dürftigkeit und Aberrtheit zu finden. Schließlich lachte man, doch nicht aus Lust, sondern aus Verzweiflung. M. H.

Frankreichs Luftschuh.

Abwehrmanöver gegen Ost.

Paris, 26. August.

Ueber die nächsten Luftmanöver bei Metz berichtet der „Matin“ eingehend: Man habe vor allem eine neue Methode zur Erkundung anfliegender Geschwader ausprobiert. Diese neue Methode besteht darin, daß die Standortmeldungen der zahlreichen Beobachtungsposten in einer Zentralstelle gesammelt und dort auf einer Landkarte laufend eingetragen werden. So ist es möglich, die Route der festgestellten Flugzeuge zu verfolgen und den Bezirk, auf den sie anscheinend zusteuern, rechtzeitig genügend zu sichern. Besonders Augenmerk wird auf die Flughöhe gerichtet, um die eigenen Kampffluger so zu dirigieren, daß sie von oben herab den Gegenstoß führen können. Der Beobachtung der Manövergegenseit ist aufgetragen, in der Nacht kein Licht zu brennen und auch die Bahnhöfe sind seit zwei Tagen im Dunkel. Sogar die Lokomotiven fahren mit abgeblendeten Lichtern. Die kommunistische „Humanité“ will erfahren haben, daß an zahlreichen Bauern der Stadt Reims Kreideaufschriften gegen die Manöver und die Abdunkelung der Stadt protestieren.

Neuer Kolonialkrieg.

Paris, 26. August. (Eigenbericht.)

In Französisch-Westafrika, an der Grenze der spanischen Kolonie Rio del Oro, ist es zu einem neuen Zusammenstoß zwischen französischen Truppen und ausständischen Eingeborenen gekommen. Die Ausständischen konnten in die Flucht getrieben werden. Französische Militärflieger verfolgten sie. Die Franzosen haben an Toten zu beklagen: 1 Offizier, 6 Unteroffiziere und 52 Senegalschützen.

Brotwucher.

Paris, 26. August. (Eigenbericht.)

Obwohl die Getreide- und Weizenpreise stark gefallen sind, hat die Bäckereinnung eine Erhöhung des Brotpreises gefordert. Der Antrag wurde abgelehnt, worauf die Bäcker in den Streik traten. Mehrere Feldbäckereien der Armee sind alarmiert worden, um die Brotversorgung sicherzustellen. Der Präfekt hat gegen die Bäcker Anzeige wegen verabredeter Preistreibererl. erstatet.

Die alte Litanei.

Mobilmachung der RSD. in den Betrieben und Verbänden.

Es sei dahingestellt, ob es sich bei den jüngsten tagtäglichen Angriffen, die in der RSD-Presse gegen die Gewerkschaften unternommen werden, mehr um ein Ablenkungsmanöver von dem Problem der wirklichen

Einheitsfront der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft

dreht, oder um einen erneuten systematischen Vorstoß der kommunistischen Opposition. Jedenfalls zeigt sich in den spärlichen Artikeln eine besondere Beschäftigung, um durch Herabwürdigung der Gewerkschaftsführung die Opposition in den Betrieben zu neuer Quertreibung anzuspornen.

Der Verbandstag der Metallarbeiter wurde schon vor seiner Eröffnung entsprechend „begrüßt“. Die Gewerkschaftsführer hätten am 20. Juli die Waffe des Generalstreiks offen preisgegeben. Während bekämpfte die Verbandsbürokratie alle Bestrebungen zur Herstellung der einheitlichen roten Kampffront, wie die RSD. sie haben möchte, unter der sattem bekannten „Regierungsführung“ ihrer RSD. Die „revolutionäre“ These,

just in der Krise könne man am besten streiken,

bedarf eigentlich nur noch der Ergänzung, daß Sonderorganisationen wie die der RSD. jederzeit zum Streik aufrufen können, da sie keine Streikunterstützung zu zahlen und keine Verantwortung zu tragen haben.

Die Krise existiert samt der Arbeitslosigkeit für die Revolutionäre in den Redaktionen der RSD-Presse überhaupt nicht, sonst könnte man dort dem Metallarbeiter-Verband nicht vorwerfen, er habe in der Lohnfrage — während der Krise — nur negative Erfolge bei der Abwehr des Lohndrucks, nicht aber positive Erfolge erzielt. Das Gemeinste ist der Versuch, die Gewerkschaften zu verächtlichen, daß von ihnen aus „Fäden zu den Nazis“ gesponnen würden. Als Aufgabe der Verbandsmitglieder wird erklärt, daß sie

gegen ihre eigene Organisation

sich in der kommunistischen Opposition zusammenfinden müßten. Die Einheitsfront der Gewerkschaftsführer sei die mit den gelben Gewerkschaftsführern, mit den Straßer und Kompagnie.

Ueber die Methoden der kommunistischen Betriebsarbeit verbreitet sich Herr Werner Hirsch in fünfund-einhalb Spalten. Die RSD-Beute hätten es noch immer nicht verstanden, die Betriebe in genügendem Maße zur Stätte einer unablässigen systematischen Kampfrüstung, Streikagitation und Streikmobilisierung zu machen. Der Mann ist nicht zufrieden, wenn er nicht jeden Tag mindestens einen Streik hat, der natürlich von den anderen zu führen und auszubaden ist, während er selber seinen Schreibkampfenossen nicht in die Verlegenheit kommt, mitstreiken und mitzuhungern zu müssen.

Mit Teilstreiks gibt sich Werner Hirsch nicht erst ab. Ungebüdig fordert er die große Wendung

zum politischen Massenstreik und Generalstreik.

Die Schwächen der RSD., die dabei noch hinderlich sind, müßten schnellstmöglich behoben werden. Er will die Mauer zwischen den revolutionären Arbeitern im Betrieb und den von der SPD., den freigewerkschaftlichen oder christlichen Organisationen beherrschten Arbeiter niederreißen, um die „revolutionäre“ kommunistische Einheitsfront herzustellen. Er erklärt schließlich alles nur als Mittel zum Zweck, im Dienste der dauernden, unmittelbaren Streikagitation und Streikführung als der zentralen Aufgabe der kommunistischen Betriebsarbeit.

Die SPD. verfüge im allgemeinen gar nicht über einen eigenen Betriebsapparat. Ihre Positionen in den Betrieben seien die Positionen der reformistischen Gewerkschaften. Es ist höchst unvorsichtig von Werner Hirsch, so deutlich auf den Unterschied zwischen den freien Gewerkschaften hinzuweisen, die in ihren Beschlüssen unabhängig sind, und den RSD.-Gebilden, die von der RSD.-Zentrale geleitet werden. Die große Aufgabe der Schaffung einer mächtigen Oppositionsbewegung in den freien Gewerkschaften sei untrennbar von der

Eroberung der Betriebe

für den revolutionären Klassenkampf.

Nach Werner Hirsch kommt Walter Ulbricht, um den Gewerkschaftsmitgliedern Aufgaben zu stellen im Kampfe gegen die faschistische Diktatur. Er will mit Protestbeschlüssen in den Betrieben und Gewerkschaften beginnen, Massenkundgebungen, Protestaktionen während der Arbeitszeit, Proteststreiks und Streikbewegungen sollen folgen. Er fordert proletarische Demokratie, doch nicht etwa in der RSD., sondern für die Gewerkschaftsmitglieder, die, gegen den Willen der Führer ihrer Gewerkschaften, über Kampfmaßnahmen entscheiden, die die RSD. für gut befindet und die ihre RSD. zu propagieren hat. In einem weiteren Artikel soll gezeigt werden, wo die Opposition im Gesamtverband einhalten soll. Die Mitglieder sollen dahin gebracht werden, sich „nicht auf die Gesamtverbandsbürokratie“ zu verlassen, sondern auf die Kraft der gegen die Gewerkschaft „in einer gemeinsamen Front kämpfenden antifaschistischen Arbeiterschaft“.

Die Erfahrungen mit den eigenen RSD.-Bänden scheinen trotz des prahlend verkündeten angeblichen Massenstimmens nicht ermunternd zu sein. Vor

„einer feigen Flucht aus dem Gesamtverband“

wird gewarnt. Auch das Herauslaufen aus dem Holzarbeiter-Verband sei verkehrt und nur eine stillschweigende Kapitulationsstimmung vor der Bürokratie.

Ginge es nach den Parolen der RSD.-RSD., dann wäre die gesamte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft längst in ausfuchtslosen Streiks verblutet und an ihrer Stelle ständen die „massenbewußten, revolutionären Unorganisierten“ in den Betrieben.

Die Gewerkschaften verhandeln, bevor sie streiken, die RSD. sucht nach dem Streik zu verhandeln — um die Wiedereinstellung wenigstens eines Teils der entlassenen Streikenden zu erreichen. Der Streik, der für die Gewerkschaften das letzte Kampfmittel ist, zu dem sie als einer zweischneidigen Waffe nur bei einiger Aussicht auf Erfolg greifen, ist für die RSD.-RSD. zunächst nur ein Agitationsmittel gegen die Gewerkschaften, darüber hinaus ein politisches Kampfmittel, das um so weniger erfolgreich ist, je mehr die RSD. durch ihre RSD. die gewerkschaftliche Einheitsfront zu untergraben sucht.

In einem Leitartikel sucht Erich Auer die RSD. zu verherrlichen, die sich im schärfsten Kampfe gegen die reformistische Verräter- (!) und Spaltungspolitik (!) der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer als neue revolutionäre Gewerkschaftsbewegung entwickelt habe. 40 000 „revolutionäre“ Arbeiter seien von den sozialdemokratischen Verbandsführern aus den freien Gewerkschaften ausgeschlossen worden, behauptet Herr Auer mit der üblichen „revolutionären“ Uebertreibung.

Bis jetzt haben wir noch nichts davon gehört, daß die RSD. diejenigen Mitglieder, die „von der Linie abweichen“, die systematische Opposition unter allen Umständen treiben und Zerlegungsarbeit in den eigenen Reihen leisten, zu Ehrenmitgliedern macht.

Schlacht und Irch sagt dieser Herr: „Die Gewerkschaftsinstanzen sind aus Klassenkampforganisationen zu Streikbrecherzentralen geworden.“ Deshalb habe die RSD. entstehen müssen. Als ob sie nicht von der RSD. durch Zellenbildung

zur „Eroberung“ der Gewerkschaften

für die kommunistische Partei aufgepöppelt worden wäre! Die RSD. umfasse nicht nur die oppositionellen, empörten, mit der Gewerkschaftspolitik unzufriedenen Arbeiter innerhalb der Gewerkschaften, sondern auch die Arbeitermassen, die sich zu roten Industrieverbänden zusammenschließen, samt den gewerkschaftlich unorganisierten Massen. Diese RSD.-Massen sind offenbar so groß, daß die RSD. sie nicht einmal zählen kann.

Wie keine andere Gewerkschaftsbewegung habe die RSD. sich die Aufgabe gestellt und sei dazu berufen, die Einheit und Geschlossenheit aller Arbeiter und Angestellten herzustellen, gleich welcher Partei und Gewerkschaftsorganisation. Die RSD. nimmt aber alles auf, was gegen die Gewerkschaften ist und macht nicht einmal den vorherigen Austritt aus anderen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, der ihr nicht einmal erwünscht sei, zur Vorbedingung. Es sei daher lächerlich, wenn die Gewerkschaftsführer von der RSD. als Konkurrenzorganisation der freien Gewerkschaften redeten. Es wäre allerdings lächerlich, die Splitter- und Spaltergruppen der kommunistischen Sonderorganisationen gegen die Gewerkschaften als etwas anderes auszugeben als das, was sie sind.

Die kommunistischen und RSD.-Kollegen müßten innerhalb der Verbände aktivste Arbeit entfalten. Nun, die Gewerkschaften werden dem Latendrang der RSD.-Spalter sowohl in den Verbänden wie in den Betrieben die notwendigen Grenzen ziehen, und, soweit es an ihnen liegt, den RSD.-Beuten klar machen, daß es nichts Unfinnigeres und die Arbeiterinteressen Schädigeres geben kann, als noch in der gegenwärtigen Situation gegeneinander anstatt miteinander zu gehen.

Sparmaßnahmen der Reichspost.

Und die „DAZ.“

Man schreibt uns:

Die Tagespresse hat das Für und Wider zu den Sparmaßnahmen der Reichspost im Brief- und Paketzustellendienst im allgemeinen recht objektiv dargestellt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das schwerindustrielle Organ, macht jedoch eine Ausnahme. Sie hat zwar das der Presse von Gewerkschaftsseite zur Verfügung gestellte Material in ihrer Nr. 389 verwendet, doch hat sie aus der Darstellung der Gewerkschaften alles weggelassen, was gegen die Durchführung der Sparmaßnahmen spricht.

Sie verschweigt z. B., daß durch die beabsichtigten Einsparungen gegen 10 000 Posthelfer entlassen werden dürften. Sie verschweigt weiter die günstigen Folgewirkungen für das Personal, wenn die Gehalts- und Lohnersparnisse, die in Höhe von 131 Millionen Mark an das Reich abzuführen sind, der Reichspost zum Ausgleich des eigenen Haushalts verblieben. Nicht einmal die Auswirkung des Wegfalls einer Briefzustellung auf die Geschäftswelt werden erwähnt.

Das Blatt bringt es fertig, die Kritik der Sparmaßnahmen als eine Begründung derselben hinzustellen.

Die „DAZ.“ setzt ihrem unfaßlichen Verhalten die Krone auf, indem sie ihre eigenen Auslassungen mit „Notwendige Sparmaßnahmen der Reichspost“ überschreibt und ihre Darstellung als „von freien der Gewerkschaft mitgeteilt“ bezeichnet. Damit erweckt die „DAZ.“ den Eindruck, als ob die beabsichtigten Sparmaßnahmen auch von der Gewerkschaft als notwendig angesehen werden und auch die Gewerkschaft keinen Weg zeigen könne, um die angeordneten Betriebsbeschränkungen überflüssig zu machen. Das Gegenteil ist richtig, wie die im „Vorwärts“ veröffentlichten Forderungen des Gesamtverbandes an das Reichspostministerium beweisen.

Getarnte Arbeitsvermittlung.

An Drehmaschinen nur Nazis.

Nach dem Befehl (RWBG.) sind für die Arbeitsvermittlung nur die Arbeitsämter zuständig. Trotzdem wird ungeachtet der gesetzlichen Vorschriften immer wieder versucht, die private Stellenvermittlung auf Umwegen zu betreiben. Eine sogenannte getarnte Arbeitsvermittlung versucht auch die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO), die alle freien Arbeitsplätze für nationalsozialistische Parteigänger reservieren will.

In Dithmarschen (Schleswig-Holstein) haben die Nazis beispielsweise in einem Musterarbeitsvertrag festgelegt, daß an den Drehmaschinen nur Nationalsozialisten beschäftigt werden sollen. Um sich aus dem Heer der Arbeitslosen weiteren Zutritt zu sichern, scheinen die Nazis in Schleswig-Holstein eine regelrechte Arbeitsvermittlung aufziehen zu wollen. Am 12. August 1932 erschien in Nummer 185 der „Warner Zeitung“ ein Inserat folgenden Wortlauts: „NSBO. Marne. Arbeitsvermittlung Telefon 330.“

Auf einen telephonischen Anruf meldete sich als Inhaber der Telefonnummer 330 in Marne der Gastwirt und Kaufmann Friedrich Peters, Marne-Deich.

Nachdem das Arbeitsamt in Heide sich um diese Dinge gekümmert hatte, erschien in der „Warner Zeitung“ folgende Berichtigung: „NSBO. Marne. Arbeitsberatung Telefon 330 (nicht Arbeitsvermittlung, wie in Nr. 185 irrtümlich stand).“

Diese „Berichtigung“ ist zweifellos nur zur Verschleiierung der tatsächlichen Verhältnisse erschienen, da der Kaufmann Peters wiederholt Leute in Arbeit vermittelt hat, und in allen Bezirken Schleswig-Holsteins Entearbeiter durch die Geschäftsstellen der Nazis vermittelt worden sind.

Derartigen Verjahren, die gesetzlichen Arbeitsvermittlungsvorschriften zu umgehen, muß energigegnet begegnet werden.

Jfieder Hütte entläßt 1800 Arbeiter.

Peine, 26. August.

Die Jfieder Hütte, Groß-Jfede, die nach westfälischem Muster zum unterbrochenen Betrieb übergeht und erhebliche Teile der Berg-, Hütten- und Walzanlagen am 3. September auf rund vier Wochen stilllegt bzw. einschränkt, bringt auf den Erzbergbaubetrieben der Jfieder Hütte und dem Peiner Walzwerk rund 1800 Arbeiter zur Entlassung. Die Kündigungen

sind zum Teil bereits ausgesprochen worden. Die Stilllegungsverhandlungen werden demnächst vor dem Regierungspräsidenten in Hildesheim stattfinden. Von den Werken werden das Trägerslager, das Phosphatlager und die Kokerei zur Fertigerzeugung weiter arbeiten. Falls keine Verdrößerung der Lage eintritt, soll der Betrieb nach vier Wochen in vollem Umfang wieder aufgenommen werden.

Streik der englischen Textilarbeiter.

450 000 Weber und Spinner beteiligt.

London, 26. August.

Während noch in Manchester über die Beilegung der Differenzen mit den Vertretern der 250 000 Weber verhandelt wurde, um den zu Sonnabend angekündigten Streik zu verhüten, trat eine neue kritische Wendung ein, da die Vertreter der Gewerkschaften der 200 000 Spinner das Lohnkürzungsanliegen der Unternehmer in Höhe von 13,5 Proz. abgelehnt haben.

Der Verband der Webereiaufseher des Gebietes von Blackburn, der sich bisher gegen den Streik gewandt hatte, beschloß, die Weber im Streik zu unterstützen. Die Verhandlungen in Manchester führten zu keiner Einigung, da die Weber ihre Streikankündigung nicht zurückziehen und die sofortige Einstellung der 3000 gemäßigten Weber fordern, wogegen die Unternehmer sich ein halbes Jahr Zeit dazu lassen wollen.

Falls es nicht noch in letzter Stunde zu einer Einigung kommen sollte, wozu wenig Aussicht ist, dann treten die Weber samt den Spinnern sofort in den Streik.

Nach einer neueren Meldung ist die Vermittlungskonferenz in Manchester zwischen den Vertretern der Weber, Spinner und Fabrikanten der Lancashire Baumwollindustrie nach stundenlangen Verhandlungen endgültig zusammengebrochen.

Der Fehlschlag ist darauf zurückzuführen, daß keine Einigung in der Frage der Wiedereinstellung der während der Lohnstreikzeiten entlassenen Arbeiter erzielt werden konnte. Die Unternehmer, die zunächst sechs Monate Frist für die Wiedereinstellung verlangt hatten, gingen zuletzt auf sechs Wochen herunter. Aber dieser Vorschlag wurde von den Vertretern der Weber abgelehnt, die zum mindesten für die Weber von zwei großen Webereien in Burnley die sofortige Wiedereinstellung verlangten.

Mit der Erklärung des Generalstreiks am Sonnabend, von dem ungefähr 450 000 Spinner und Weber betroffen werden, ist also zu rechnen.

Kommunalbeamtenstreik in Warschau.

Gehalt nur auf Stottern, für zwei Monate rückständig.

Warschau, 26. August. (Eigenbericht.)

Freitag früh sind die Warschauer städtischen Beamten in der Stärke von etwa 4000 Personen in den Streik getreten. Die Ursache ist die unpünktliche Auszahlung der Gehälter durch den Warschauer Magistrat seit etwa einem Jahre. Im Augenblick schuldet die Warschauer Selbstverwaltung allen ihren Beamten die Gehälter für zwei Monate.

Der Oberbürgermeister forderte unter Androhung der fristlosen Entlassung die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit auf, obwohl die städtische Kasse nicht einmal über ein Drittel der Summe verfügt, um die seit nahezu zwei Monaten direkt hungernden Beamten zu entschuldigen. Die hierzu notwendige Summe beziffert sich auf 4,2 Millionen Zloty. Die Beamten beabsichtigen, erst dann den Streik aufzugeben, wenn alle Gehälter ausgezahlt sind. Sollte der Streik länger als drei Tage andauern, so ist ein Beitritt aller Angestellten und Beamten der städtischen Unternehmungen zum Streik geplant.

Die „nationalen“ Reeder.

Zum Lohndruck ist ihnen jedes Mittel recht.

Amsterdam, 26. August.

Die Unternehmer der niederländischen Handelschiffahrt kündigten zum 16. August den Tarifvertrag, um die Löhne „den im Ausland gezahlten Sätzen anzupassen.“ Sind die Sätze im Ausland höher, dann wollen die Unternehmer von „Anpassung nichts wissen. Die Gewerkschaften lehnten die Lohnkürzung ab. Eine Gesellschaft hat daraufhin für zwei Dampfer asiatisches Personal angeheuert, während eine andere Gesellschaft die Löhne um 20 Proz. kürzen oder ihre Schiffe unter englischer Flagge und mit englischer Besatzung fahren lassen will.

Daraufhin haben die Gewerkschaften erklärt, daß, falls ähnliche Maßnahmen in Zukunft nicht verhindert würden und das geplante Fahren unter englischer Flagge nicht unterbleibe, sie sich genötigt sehen würden, den Generalstreik für die Seeschiffer auszurufen.

Die Antwort der Unternehmer wird bis Montag erwartet.

Bergarbeiterkämpfe in Illinois.

New York, 26. August. (Eigenbericht.)

Zwischen den streikenden Bergarbeitern im Staate Illinois und der Polizei kam es am Donnerstag wiederum zu blutigen Kämpfen. Die unbewaffneten Grubenarbeiter mühten der schwerbewaffneten Polizeimacht weichen. Die erbitterten Bergleute erklärten jedoch, daß sie ihren Kampf nicht aufgeben würden. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa 20 000.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deute, Sonnabend, 27. August, finden folgende Veranstaltungen statt: Offiziell: Kreisfahrt zum Dehmter. — Jugendgruppe des Gesamtverbandes: Teilsfahrt nach dem Wälder. Teilsfahrt zur Abfahrt um 16 Uhr und 18.30 Uhr Bahnhof Stralau-Kummelsburg (Eingang Sonntagstraße), Unkosten 1 M. Am 28. August treffen um 7 Uhr ebenfalls Stralau-Kummelsburg. Unkosten 80 Pf.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Vorchorprobe heute ab 18 Uhr in der Turnhalle Viltlicher Str. 4 (Wobbing) zur Antifaschistenaktion. Alle Mitglieder der Nordbezirke müssen sich hieran beteiligen. — Spiele im Freien ab 18 Uhr Sportplatz Humboldtstr. — Valesiten für die Antifaschistenaktion am 3. September im Volkspark Rehberge (ab dem Freizeitanlage von 20 Pf. im Jugendsekretariat zu haben).

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Soll und Zeit“.

Anzeigenpreise: Die einseitige Zeile 30 Pf., Restzeile 2.— M. „Kleine Anzeigen“ das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt zwei fettgedruckte Worte) jedes weitere Wort 10 Pf. Rabat laut Tarif, Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 25 Pf. Familienanzeigen Zeile 15 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Einblendung 3 wochentäglich von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor.

Verantwortlich für Politik: Erich Auer, Schriftf. G. Ringelblum; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Feuilleton: Herbert Sprave; Verlags- und Sonstiges: Fritz Kerschke; Anzeigen: Otto Jangst; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin, Druck: Socodis-Druckdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW. 68, Udenstraße 4, Siegel 2 Verlagsz.

Europaflieger wieder in Staaken Rekordflug Seidemanns, 2. Marienfeld, 3. Massenbach

Ein Teil der Europaflieger ist gestern wieder in Staaken gelandet. Seidemann hat die Barforceleistung, die er am Dienstag mit der Erledigung der Großetappe Rom-Paris an einem Tag aufgestellt hat, am gestrigen Sonnabend auf der letzten Etappe Paris-Berlin wiederholt und ist mit seinem Heinkel HE 64 Eindecker mit Argus-Motor um 18.36 Uhr in Staaken als Erster der Spitzengruppe gelandet. Er war gestern früh um 6 Uhr in Paris-Orly gestartet, hat also die 2400 Kilometer lange Großetappe, mit Einschluß der kurzen Landzeiten an den Kontrollstationen, in rund 12 1/2 Stunden bewältigt.

Seidemann erzählte, daß er im allgemeinen auf dem ganzen Europaflug ziemlich gutes Wetter angetroffen habe, mit Ausnahme an den Seealpen, wo die Witterung verhältnismäßig schlecht war. Zur Ueberquerung dieses Gebirges hatte er sich schon vorher mehrere Wege unter Vermeidung der höchsten Gipfel zurechtgelegt und dann die Route gewählt, auf der er die verhältnismäßig noch am besten atmosphärischen Bedingungen vorfand. Die größte Höhe, die er mit seinem Heinkel-Eindecker auf dem Rückfluge erreichte, betrug 1500 Meter. Die Ueberquerung der Ostsee auf der Schleife nach

Skandinavien habe nicht die geringsten Schwierigkeiten bereitet. Die deutschen und schwedischen Torpedoboote, die die Seestrecke sicherten, seien gut erkennbar gewesen, zumal sich Seidemann auch über dem Meer nur in verhältnismäßig geringer Höhe, und zwar im vollen Vertrauen auf seinen vorzüglichen Rotor, hielt.

Als Zweiter landete um 19.18 in Staaken der Luftkapitän Marienfeld (B 8) mit dem roten Doppeldecker Altkrieg-Darmstadt D 22, der im Scheine der untergehenden Sonne sehr schnell herankam und nach einer Ehrenrunde unter brausem Jubel auf dem Flugplatz niederlang. Auch er, der noch sehr frisch aussah, wurde von der Altkrieg-Darmstadt mit einem großen Blumenstrauß begrüßt, um dann ebenfalls von den offiziellen Persönlichkeiten begrüßt zu werden.

Um 19.33 Uhr landet als Dritter von Massenbach (A 6) in Staaken. Beim Aussteigen beschädigte er eine Strobe am Fahrgestell seines Heinkel-Eindeckers, doch dürfte der Schaden bald wieder behoben sein. Um 8 Uhr abends war dann Kontrollschluß in Staaken, ohne daß weitere Europaflieger eingetroffen waren. Die übrigen blieben zum Teil in Hamburg, zum Teil in Kopenhagen, wo u. a. Korzitz, Pöhl und der Pole Zmirko kurz nach 6 Uhr gelandet waren.

Am heutigen Sonnabend wird ab 7 Uhr mit dem Eintreffen weiterer Teilnehmer am Europaflug in Staaken zu rechnen sein.

Bauerntragödie von Bralitz.

Chefrau mit den Mördern im Bunde.

Der Tod eines 70 Jahre alten Bauernhofbesizers Sydow aus Bralitz bei Freienwalde ist jetzt aufgeklärt worden. Nach dem ersten Befund hatte der alte Mann Selbstmord durch Erhängen begangen. Die Ermittlungen ergaben aber, daß er heimlich von Verwandten in der Nacht erdolcht und dann erhängt worden war. Seine eigene Frau sowie ihr Schwager und dessen Sohn wurden unter Mordverdacht festgenommen. Nach anfänglichem Leugnen legte die Frau des Bauern ein Geständnis ab.

Der alte Mann war eines Morgens in einem Holzschuppen erhängt aufgefunden worden. Es lag anscheinend Selbstmord vor. Als die Leiche untersucht wurde, stellte man fest, daß sich auf der Brust des Toten vier tiefe Messerstücke zeigten. Es lag also kein Selbstmord, sondern ein Verbrechen vor. Von der Berliner Mordinspektion wurde ein Kriminalassistent nach Bralitz beordert. Die Nachforschungen des Beamten führten dazu, daß die Frau des Bauern unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft verhaftet wurde. Zwischen den Eheleuten war es häufig zum Streit gekommen wegen der Aufteilung einer Erbschaft. Die Ehe war kinderlos geblieben. Wer sollte das Grundstück erben? Der Mann wollte es seinen Angehörigen übereignen, die Frau den übrigen. Sie konnten sich darüber nicht einigen. Frau Sydow beschloß jetzt, ihren Mann umzubringen und gewann für diesen teuflischen Plan ihren 41 Jahre alten Schwager Hermann Freund und dessen 20 Jahre alten Sohn. Nachts schlief man sich gemeinsam in die Schlafkammer des alten Bauern, um ihn zu erdrosseln. Der Alte war aber noch recht kräftig und wehrte sich verzweifelt. Die beiden Männer zogen Dolche und stachen den Alten nieder. Dann schlepten sie den Leichnam in den Holzschuppen und hängten ihn auf. Unter der Wucht des Beweismaterials brach Frau Sydow zusammen und legte ein Geständnis ab. Ihre Mordkomplizen leugnen noch.

Wie verwertet man Kenntnisse?

Betrügereien eines Zuchthäuslers an Bestohlenen.

Als der 41jährige Willi S. zum letztenmal aus dem Zuchthaus, wo er die letzten 20 Jahre seines Lebens fast ununterbrochen zugebracht hatte, entlassen wurde, wurde er sofort wieder straffällig. „Was sollte ich machen?“ trug der Angeklagte seinem Richter vor. „Von den paar Pfennig Unterstützung konnte ich nicht leben, und zum Stehlen fehlte mir das Werkzeug. Da ging ich eben beibringen, denn die Dummen werden nicht alle.“ An den Kassahefen las der Angeklagte nach, wo große Einbrüche begangen waren. Er wandte sich dann an die Bestohlenen oder an die Verleumdungsgesellschaften und erzählte dort wahrheitsgemäß, wieviel Strafen er schon abgehört hätte und daß er die Einbrecherwelt Berlins ganz genau kenne. Dann behauptete er aber, daß er die Einbrecher und das Versteck des Diebesgutes kenne und daß er die Ware wieder herbeschaffen könne. Er ließ sich kleine Vorhänge oder Spesen in Höhe von 3 bis 25 M. auszahlen und verschwand, ohne sich wieder bei den Bestohlenen zu melden. Nachdem er diesen Trick etwa 20mal ausgeführt hatte, wurde er festgenommen. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn wegen fortgesetzten Betruges im Rückfall zwei Jahre Zuchthaus. „Der Herr Anklagenvertreter hat ganz recht“, war das Schlusswort des Angeklagten, „wo soll ich noch mildere Umstände hernehmen.“ Das Schöffengericht Berlin-Mitte war aber milder als der Angeklagte selbst und erkannte auf 3 Jahre Gefängnis.

Verkehrseinschränkung bei der Stadtbahn.

Die Reichsbahn beförderte im Monat Juli auf der Berliner S-Bahn 29 500 380 Personen. Im gleichen Monat des Vorjahres wurden 33 645 428 Personen befördert. Das ergibt einen Verkehrsrückgang von 12,13 Proz. Dieser Verkehrsrückgang zwingt die Reichsbahnverwaltung, wie sie mittelst, zu einer Reihe von Fahrplanänderungen, die am 1. September d. J. in Kraft treten.

Durch diese Einschränkungen, die auf den Strecken Westend-Stadtbahn-Friedrichshagen, Warschauer Straße-Südring-Stadtbahn-Mahlsdorf und Grünwald-Stadtbahn-Nordring-Westend erfolgen, wird jedoch die Zugfolge auf der Stadtbahn zwischen Charlottenburg und Warschauer Straße nicht erheblich verändert. Während auf diesen Strecken bisher in einem Zeitraum von 10 Minuten vier Züge fahren, werden ab 1. September in demselben Zeitraum drei Züge verkehren. Die durchschnittliche Zugfolge wird also demnach von 2 1/2 auf etwas über 3 Minuten herabgesetzt. Ebenfalls werden auf der Strecke Berlin-Potsdamer Ringbahn-Hof-Lichterfelde-Df ab 1. September die nur werktags verkehrenden

Züge ab Potsdamer Bahnhof 15.51, 16.21, und 17.01 Uhr und ab Lichterfelde-Df 16.21 und 16.39 Uhr aus dem Verkehr genommen. Diese Züge waren in den Zehnminutenverkehr eingereiht, der auch weiterhin bestehen bleibt.

Autofahrt der Kinder.

Zum erstenmal für viele.

Die „Berliner Schulverkehrswacht“ veranstaltet heute eine Autofahrt für solche vierzehnjährige Berliner Kinder der Innenbezirke, die noch niemals eine Autofahrt gemacht haben und die in diesem Jahre weder verreist noch verdisht waren. Viele Wagenbesitzer haben sich in den Dienst der guten Sache gestellt, so daß es möglich ist, etwa tausend Kindern einen Freudentag zu bereiten. Die gemeinsame Abfahrt nach Wendisch erfolgt mittags 14 Uhr vom Lustgarten aus. Im Seebad Wandlitz werden die Kinder bewirtet. Die Automobilisten haben die übrige Verpflegung für den Nachmittag übernommen. Die Rückfahrt erfolgt über Sankt-Bernau. Die Kinder kehren abends 19 Uhr nach Berlin zurück, damit sie noch vor Eintritt der Dunkelheit das Elternhaus erreichen.

Die Beaufsichtigung der Kinder haben die Mitglieder der Berliner Schulverkehrswacht unter Leitung von Rektor Hauer übernommen.

Marianne Winkelstein legt Berufung ein. Der Verteidiger der zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilten Tänzerin Marianne Winkelstein hat gegen das ergangene Urteil Berufung eingelegt. Die Berufungsverhandlung wird voraussichtlich in kurzer Zeit bei der großen Verkehrsstrafkammer in Roabit stattfinden.

Wieder Zuchthausanträge.

Erregte Szenen vor dem Sondergericht.

In dem Prozeß Püschel und Genossen vor dem Berliner Sondergericht wegen des Feuerüberfalls auf den Polizeiwachmeister Kollowski vom 16. August in der Weihenburger Straße beantragte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wagner gestern nachmittag gegen die Angeklagten Püschel, Reichardt und Kopper wegen schweren Aufruhrs eine Strafe von je 10 Jahren Zuchthaus, gegen die Angeklagten Pabst und Klüh wegen einfachen Aufruhrs je ein Jahr Zuchthaus, gegen den Angeklagten Kurt wegen Bruch des Burgfriedens durch Teilnahme an einer Demonstration 100 M. Geldstrafe, die durch die Unterjuchungshaft als verbüßt gelten sollen, und gegen den Angeklagten Holzer Freisprechung mangels Beweises.

Der Antrag des Staatsanwalts löste große Bewegung aus, und die Schwester des Angeklagten Püschel, ein etwa 22jähriges Mädchen, die sich im Saal befand, erlitt einen Schreitamp und schrie schluchzend: „Das ist ein Verbrechen, das ist keine Gerechtigkeit. Walter, vergiß es nicht, wir werden dich rächen.“ Drei Justizwachmeister mußten das sich heftig sträubende Mädchen, das fortgesetzt weiter schrie, mit Gewalt aus dem Saal entfernen. Die Verteidiger der Angeklagten, Justizrat Dr. Johannes Werthauer und Rechtsanwalt Marquise, traten in längeren Ausführungen für die Freisprechung bzw. mildere Beurteilung der Angeklagten ein. Das Urteil wird erst am heutigen Sonnabend gefällt werden.

Aus der weiteren Zeugenernehmung der Nachmittagsverhandlung ist noch zu erwähnen, daß für den Angeklagten Kopper 12 Entlastungszeugen auftraten, die übereinstimmend ausagten, daß er während der Zeit von 1/6 bis 1/11 Uhr an einer Geburtstagsfeier in der Wohnung seines Schwageraters teilgenommen habe, also nicht an der Demonstration beteiligt gewesen sein könne. Auch für die anderen Angeklagten traten zahlreiche Entlastungszeugen auf, die bekundeten, daß sie um die betreffende Zeit mit ihnen noch gesprochen hätten, also ihre Beteiligung an dem Ueberfall auf den Polizeibeamten nicht in Frage kommen könne.

In der Wohnung überfallen.

Täter mit 17 Mark Beute unerkannt entkommen.

Die Bewohner des Hauses Joachim-Friedrich-Straße 21 in Halensee wurden gestern mittag durch einen dreifachen Raubüberfall in Aufregung versetzt. In der im 2. Stock gelegenen Wohnung eines Dr. S. klingelte ein jüngerer Mann. Als die Hausangestellte, ein 22jähriges Mädchen, öffnete, erklärte der Besucher, daß er von Dr. S. noch Geld zu bekommen habe, das er sich holen wolle. Die Angestellte sagte ihm, daß der Hausherr sich auf einer längeren Erholungsreise befinde und daß sie ihm die verlangte Summe nicht geben könne. Der Eindringling wurde handgreiflich und es kam zu einem Ringkampf zwischen den beiden, der damit endete, daß der Bürsche das Mädchen durch Würgen am Halse zu Boden warf. Er durchsuchte dann die Wohnung und fand 17 Mark, mit denen er das Haus verließ. Inzwischen waren Nachbarn durch den Lärm und die Hilferufe der Ueberfallenen aufmerksam geworden und hatten das Ueberfallkommando alarmiert. Als dieses erschien, war der Räuber bereits entkommen. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur, und auch die Ueberfallene konnte nur eine oberflächliche Personalbeschreibung geben.

Todestanz. An einem Preistanken in Bad Hünfeld beteiligte sich ein bejahrter Apotheker. Als man ihm den ersten Preis ausshändigen wollte, fiel er tot um.

Wenig Obst zu teuren Preisen

Mäßige Ernte in Deutschland - Ankurbelung des Sauerkohlverbrauchs

Es ist nun leider nicht mehr daran zu zweifeln, daß die Obsternte in Deutschland nur mäßig ausfallen wird. Die Preisberichtsstelle des deutschen Landwirtschaftsrats wertet die Ernteaussichten nach einem bestimmten Punktsystem, wobei 100 Punkte eine sehr gute Ernte, 75 eine gute, 50 eine mäßige, 25 eine schlechte und 0 Punkte eine völlige Mißernte bedeuten. Nach der letzten Umfrage des Landwirtschaftsrats bei den Erzeugern stehen die Äpfel bei 50, die Birnen bei 42 und die Pflaumen bei 53 Punkten.

Eine überdurchschnittliche Ernte an Äpfeln ist überhaupt nur in einigen ostdeutschen Provinzen und in den Hauptproduktionsgebieten Süddeutschlands zu erwarten, sonst steht die Ernte nur schlecht. Der Anfall an Birnen ist noch geringer zu veranschlagen als der an Äpfeln. Auch die Tschechoslowakei und Holland erwarten nur geringe Ernten, dagegen lauten die Ernteaussichten von Süditalien und Oesterreich einigermaßen befriedigend. Auch für Pflaumen ist im allgemeinen nur eine Mittelernte zu erhoffen, lediglich Südeuropa erwartet eine Refordernte an Pflaumen. Diese für den Verbraucher wenig erfreulichen Nachrichten bedeuten natürlich Verteuerung des Obstes auf der ganzen Linie. Denn bei der gegenwärtigen Richtung unserer Wirtschaftspolitik ist auf größere Einfuhren von Kernobst kaum zu hoffen. Aber für die bevorstehende Äpfelaison rechnen nicht einmal die größten Optimisten damit, daß noch einmal Devisen für eine derartige Äpfelzufuhr zur Verfügung gestellt werden. Allenfalls wird man denjenigen Ländern Äpfel abnehmen, die bisher Großabnehmer deutscher Industriewaren gewesen sind. Man muß sich also heute schon mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Äpfel unter den diesjährigen Weihnachtsbäumen eine Rarität sein werden. Einen Vorgeschmack von der allgemeinen Obstverknappung haben die großstädtischen Verbraucher ja bereits bei den Kirchen erlebt, die in diesem Jahre durchaus nicht billig gewesen sind.

Gute Gemüseernte.

Dagegen ist die Gemüseernte in Deutschland durchweg gut, eine Tatsache, die auch in dem allgemein erträglichen Preisniveau zum Ausdruck kommt. Grüne Bohnen kosten immer noch 10 Pf. das Pfund und Mörrerüben sind überall für 5 Pf. zu haben. Weiter steht die Gurkernte auf gut, noch besser die Zwiebeln und die Aussichten für alle Kohlsorten sind so gar sehr gut. Nun ist den Gemüseproduzenten bei dieser reichen

Ernte aber gar nicht wohl. So will man beispielsweise die Sauerkohlproduktion wieder antreiben. Die Produktion von Sauerkohl ist in den letzten Jahren ständig zurückgegangen, und wenn man sie wieder in Gang bringen kann, dann treten auch wieder die Sauerkohlfabriken als Kiefenabnehmer auf dem Kohlmarkt auf, die Zufuhr nach den Städten wird abgeleitet und die Kohlpreise werden wieder steigen. Die Voraussetzung für diesen Plan ist aber, daß die Frischgemüsezufuhr in den Wintermonaten so gut wie völlig erdroffelt wird. Wer sich bisher im Winter einen holländischen Blumenkohl kaufte, der soll sich dafür zwei Pfund Magdeburger Sauerkohl kaufen. Der Küchenzettel des Verbrauchers soll also von Staats wegen reguliert werden, damit die deutschen Kohlbauern höhere Preise erzielen.

Einsichtige Kreise im Gartenbau geben allerdings schon selbst zu, daß eine riesengroße Einfuhrdrofflung an Gemüsen den Preisen bestimmter Sorten auch nicht helfen wird. Zum Beispiel beim Spargel. Hier ist durch die enorme Steigerung der Anbauflächen die Inlandsproduktion bereits so groß, daß sie kaum noch abgenommen werden kann. Ebenso ist es bei Bohnen, Erbsen und Gurken. Und schließlich muß immer wieder festgehalten werden, daß das Ausland mit seinen Lieferungen ja erst einsetzt, wenn das inländische Angebot völlig aufgebraucht ist. Die Holländer mühten auch schöne Warren sein, wenn sie in der Hauptzeit für Kohl, das ist von Oktober bis Dezember, Kohl nach Deutschland liefern wollten. Die Auslandszufuhr weicht überall den Erntezeiten in Deutschland aus. Durch Einfuhrdrofflungen würden nur wieder Tausende von deutschen Industriearbeitern brotlos werden, da Holland und Italien dann natürlich auf einen Schelm anderthalben sehen und Deutschland keine Fertigwaren mehr abkaufen.

Kinderspeisung geändert.

Um Härten möglichst zu mildern, sind die Bestimmungen über die Kinderspeisung dahin geändert worden, daß für die Schulfrühstückspeisung überhaupt keine Beiträge und daß für die Schulmittagspeisung nur noch für das erste und zweite hilfsbedürftige Kind derselben Familie Beiträge von 5 bis 8 Pf. täglich zu leisten sind. Alle weiteren Kinder erhalten Freispeisung. Die gesamten eingehenden Beiträge werden in Zukunft zur Bewilligung von Freispeisungen über das nach den Bestimmungen zulässige Maß hinaus verwendet.

Stundung der Hauszinssteuer.

Alles System in verschlechterter Aufmachung.

In Preußen hat man sich gezwungen gesehen, zum System der Hauszinssteuerstundung zurückzukehren. Die alte preußische Regierung hatte zu dem Mittel der Mietbeihilfen gegriffen, um sich dem Druck der Regierung Papen, der auf die Einziehung eines Preiskommissars in Preußen hinzielt, zur Wehr zu setzen. Von vornherein wurde aber kein Zweifel darüber gelassen, daß es bei den Mietbeihilfen nicht verbleiben dürfe und daß das System der Mietbeihilfen so bald wie möglich verschwinden müsse.

Wiederum haben die neuen Gewalthaber in Preußen es nicht unterlassen, bei der Neuordnung weitgehende Verschlechterungen einzuschmuggeln. So darf sich die Steuerstundung nicht mehr nach dem Existenzminimum von 200 Mark richten. Sie soll vielmehr auf die individuelle Hilfsbedürftigkeit abgestellt werden. Das ist eine ganz gewaltige Verschlechterung. Danach dürfen Steuerstundungen nur gewährt werden: a) wenn Mieter nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge beziehen, und zwar in Höhe des Betrages, um den die laufende Unterstützung sonst höher sein müßte; b) soweit Mieter nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge gewährt werden müßte, weil sie sonst die volle Miete nicht zahlen könnten; c) soweit die Einziehung eines der gesetzlichen Miete entsprechenden Mietzinses dem Eigentümer nachweislich nicht möglich ist.

Selbstverständlich ist, daß diese Verschlechterungen bald verschwinden müssen. Aufmerksam zu machen ist darauf, daß der Mieter die Steuerstundung für sich in Anspruch nehmen kann, auch wenn er in Neubauten wohnt. Bei gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen ist in jedem Fall die gleiche finanzielle Hilfe zu leisten. Die neue Verordnung hat rückwirkende Kraft vom 1. Juli 1932. Soweit eine Zahlung von Mietbeihilfen bereits erfolgt ist, ist eine individuelle Erstattung an die Fürsorgeverbände vorgesehen. Da die Fürsorgebehörden erhöhte Unterstellungen für September nicht mehr zahlen werden, können die bedürftigen Mieter, zu deren Gunsten im Juni bereits Hauszinssteuererleichterungen gewährt waren, die Septembermiete um entsprechende Beträge kürzen. Haben jedoch die Fürsorgebehörden bereits eine Entscheidung getroffen, so bleibt diese auch für die Steuerstundung maßgebend. Den Hauseigentümern ist infoweit bei der Zahlung der Hauszinssteuer am 15. September nötigenfalls durch Stundung entgegenzukommen.

Ein gemeiner Betrug.

Wie die Kasse eines Wohltätigkeitsfestes geplündert wurde.

Auf einem Wohltätigkeitsfest bei Kroll verstand es ein Gauner, der bisher leider noch nicht gefaßt werden konnte, die Kasse unter Vorpiegelung falscher Tatsachen um 300 Mark zu berauben.

Bei der Wohltätigkeitsveranstaltung hatte die Leitung mit einer Wachgesellschaft vereinbart, daß sie die Kassierer in Zivil und Kontrollen in Uniform stellen solle. Kurz vor Beginn des Festes erschien bei der Leitung ein Herr zwischen 30 und 40 Jahren, der sehr energisch auftrat und erklärte, der Hauptkassierer der Wachgesellschaft zu sein. Er spielte den Verwunderten, weil „die Leute noch nicht da seien“ und betonte sehr energisch: „Jetzt werde ich Dampf dahinter machen.“ Als dann die Leute der Wachgesellschaft kamen, ging er zu ihnen und stellte sich als Vorsitzender des Vereins vor, von dem die Wohltätigkeitsveranstaltung ausging. Er übernahm die Anordnung und verfügte, wer die Kassen I und II besetze. Er selbst übernahm Kasse I, wo die vorbestellten Karten einzulösen waren. Hier kassierte der Schwindler, aber zunächst ging er zu den beiden anderen Kassierern und ließ sich von jedem 50 Mark „zum Wechseln“ geben. Als diese Geschäfte erledigt waren, verschwand er, um — wie er sagte — einmal im Saal nachzusehen, was los sei. Seitdem hat man ihn nicht wieder gesehen. Als man nachher abrechnen wollte, suchte man anfangs zwei Personen: den Hauptkassierer der Wachgesellschaft und den Vorsitzenden des Vereins. Der Vereinsvorsitzende war wohl da, aber mit dem Mann vorn am Eingang war er nicht identisch.

Der Schwindler wird gesucht. Er ist mittelgroß und blond. Am Abend trug er einen hellgrauen Anzug.

Beim Feuermachen vom Herzschlag getroffen.

In der Werkstatt des 73 Jahre alten Schlossermeisters Julius Türl, die auf dem Hofe des Hauses Rustauer Straße 39 liegt, bemerkten die Hausbewohner heute mittig ein Feuer, das sie mit Hilfe einiger Eimer Wasser selbst löschen konnten. Als die inzwischen alarmierte Feuerwehr eintraf, fand sie den alten Mann bei einem in der Werkstatt stehenden eisernen Kochherd leblos auf. Er arbeitete nur noch gelegentlich in seiner Werkstatt und hatte zweifellos versucht, in dem Herd Feuer zu machen, was dabei von einem Schwächeanfall ereilt worden. Das Feuer in dem Herd hat dann auch auf das in der Werkstatt lagernde Gerümpel übergegriffen, so daß die Hausbewohner durch den aus dem Raum dringenden Qualm aufmerksam wurden. Der Schlossermeister, der sich bei seinem Stürze einige unbedeutende Brandwunden an den Händen zugezogen hatte, wurde in das Bethanienkrankenhaus gebracht, wo die Ärzte den inzwischen eingetretenen Tod feststellten.

Kommunistische Demonstrationsversuche.

Mehr als 20 Meldungen lagen gestern beim Polizeipräsidium vor, die über Versuche der Kommunisten, gegen die Regierung von Papen-Bracht und die Rechtsprechung der Sondergerichte zu demonstrieren, berichteten. Fast überall gelang es der Polizei, ohne Anwendung der Waffe die Anmahlungen zu zerstreuen. Nur an der Hermann-Ecke Steinmeyerstraße in Neukölln kam es zu einem ernstlichen Zwischenfall. Hier bewarfen um die siebente Abendstunde kommunistische Demonstranten die einschreitenden Polizeibeamten. Die Polizei mochte von ihren Schußwaffen Gebrauch, wobei ein Demonstrant verletzt wurde. Verschiedene Personen wurden festgenommen und der Abteilung IA des Polizeipräsidiums zugeführt. — Weiter kam es gestern Abend in der Chodowiczstraße zu einer Schlägerei zwischen Rechts- und Linksrädern. Hier schaffte die Polizei rasch Ordnung. Sechs Nationalsozialisten und drei Kommunisten mußten festgenommen werden.

Sechs neue Fälle spinaler Kinderlähmung.

Der Kreisarzt des Stadtkreises Magdeburg teilt über den Stand der Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung folgendes mit: In der Zeit vom 16. bis 23. August sind in Magdeburg weitere sechs Erkrankungen an Kinderlähmung amtlich festgestellt worden, von denen fünf leichter Natur sind. Zwei von diesen Erkrankungen stammen noch aus dem Monat Juli und sind wegen der Beringfügigkeit der Erscheinungen erst jetzt ermittelt worden.

An märkischen Gewässern

Durch das Briesetal in das Gebiet der Heidekrautbahn

Durch eine herrliche Fließlandschaft führt eine Wanderung durch das liebliche Briesetal. Wir fahren mit der S-Bahn bis Birkenwerder. Der freundliche Ort hat sich in den letzten Jahren stark entwickelt. Wohlgepflegte Straßen werden von Gärten und hübschen Siedlungshäusern eingerahmt. Wir wandern nun zunächst links der Bahn in nördlicher Richtung. Kurz vor dem Bodensee gehen wir durch die Bahnunterführung, wenden uns nun nach links und folgen der Bahn bis zur Briesefrücke. Hier öffnet sich ein wundervoller Blick auf das hübsche Tal des kleinen Flusses. Wir folgen nun dem Lauf der Brieße und erreichen nach einer Viertelstunde die mitten im Walde gelegene Kolonie Brieße, deren Gastwirtschaften sich bei den Ausflüglern großer Beliebtheit erfreuen. Vor einigen Jahren wurde hier mit großem Kostenaufwand ein Strandbad errichtet, das das ewig fließende Wasser der Brieße in der glücklichsten Weise dem beliebten Freibadebetrieb nutzbar macht. Man kann nun nach Belieben auf dem Nord- oder Südufer an der Brieße weiter entlang wandern. Am Nachmittag ist an sonnigen Tagen unbedingt die Wanderung am Südufer zu empfehlen. Der Weg führt durch herrlichen Hochwald. In diesen Windungen schlängelt sich die muntere Brieße durch ihr Bett. Nach etwa 1 1/2 Kilometer erreichen wir die Hubertusbrücke. Wenige Schritte nördlich der Brücke finden wir die Eisenquelle, die zuweilen auch „Hubertusborn“ genannt wird. Immer neue überraschende und ständig wechselnde Landschaftsbilder bietet das von Erlen und hohen Fichten bestandene Tal. Zuweilen tritt der Wald dicht an den Fluß, zuweilen läßt er Raum für bunte Wiesen. Aber immer ist Leben, Abwechslung, Wald-, Wiesen- und Fließlandschaft klingen harmonisch ineinander. Nach weiteren 2 1/2 Kilometern erreichen wir die steinerne Schlagbrücke, die im Zuge eines wundervollen Waldweges liegt, der von Summt nach Lehnitz führt. Von hier hat man die Möglichkeit, auf dem Mühlenbeker Gestell mitten durch den Hochwald nach dem 6 1/2 Kilometer entfernten Bahnhof Lehnitz zu wandern oder aber in südsüdöstlicher Richtung nach

3 1/2 Kilometern Summt zu erreichen. Von hier kann man mit dem Postauto, das von 14.50 Uhr ab bis 20.50 stündlich fährt, Hermsdorf erreichen und von dort die Heimfahrt antreten. Man kann aber auch bis Schildow weiterwandern wo man Anschluß an die Heidekrautbahn oder an den B.G.-Omnibus, Linie S, Pantow-Schildow (mit Sondertarif), erhält. Wer aber wanderlustig ist, kann von Summt auf dem Summtier Gestell in fast genau östlicher Richtung nach Birkenwerder zurücklaufen, oder aber von der Schlagbrücke aus dem Lauf der Brieße weiter folgen. Er kommt dann nach etwa 2 1/2 Kilometern zur Chaussee Summt-Wensickendorf. Wir wenden uns auf der Chaussee nach Norden, überschreiten das Tal der Brieße und finden gleich darauf rechts einen Weg, der durch den Wald zur Föhlsdorfer Mühle führt. Von hier hat man die Wahl, entweder durch den Hochwald in nördlicher Richtung nach Wensickendorf zu wandern, wo man Anschluß an die Heidekrautbahn erhält, oder am Lubow- und später am Rahmer See entlang nach Wandlitz bzw. Wandlitzsee zu gehen, von wo aus ebenfalls die Heimfahrt angetreten werden kann. Wensickendorf besitzt eine Kirche aus dem 14. Jahrhundert, die mit Kunstschätzen aus alten Zeiten aufwarten kann.



Im Briesetal

Das Gelände zwischen Wensickendorf, Schmachtenhagen und Wandlitz ist in den letzten Jahren in steigendem Maße besiedelt worden. Insbesondere Wandlitzsee hat infolge der Tatkräft der Gemeinde den Versuch gemacht, trotz seiner verhältnismäßig ungünstigen Lage an der Heidekrautbahn, ein moderner Badeort zu werden. Die Bemühungen, den Verkehr der Heidekrautbahn modernen Anforderungen entsprechend zu gestalten, mußte infolge der Ungunst der Verhältnisse aufgegeben werden. — Weglängen: Birkenwerder—Schlagbrücke 6 Kilometer, Schlagbrücke—Lehnitz (Bahnhof) 6 1/2 Kilometer, Schlagbrücke—Summt 3 Kilometer, Summt—Birkenwerder 6 Kilometer, Schlagbrücke—Wensickendorf 5 1/2 Kilometer, Schlagbrücke—Wandlitzsee 10 1/2 Kilometer. Gesamtstrecke Birkenwerder—Wensickendorf bzw. Wandlitzsee 11 1/2 bis 16 1/2 Kilometer.

Hakengekreuzte Kommunalpolitik

Froschperspektive und Ideenlosigkeit - Neuwahlen als der Weisheit letzter Schluß

Schon lange hätte man gern einmal aus betrunkenem Munde gehört, was denn der Nationalsozialismus zur Gemeindepolitik der Gegenwart zu sagen hat. Was er dort zu tun beabsichtigt, wo nicht die Phrase, sondern die Leistung entscheidet, wenn er dort die Verantwortung zu übernehmen hätte.

Runmehr hat Herr Johannes Engel, M. d. L. und Stadtverordneter zu Berlin, als „Obmann für Kommunalpolitik“ zu dieser Frage, wie er selbst sagt, „grundsätzlich“ Stellung genommen. Unter dem Balken „Neupreussische Gemeindepolitik“ fällt er vier lange Spalten des Berliner Tagesspatz mit Kritik und Ratschlägen. Und was für welchen! Wir wissen nicht, wer ausgerechnet Herrn Engel zum kommunalpolitischen Obmann gemacht hat. Möglich, daß tatsächlich unter allen ausbauwilligen Kräften des Preussischen Landtags kein besserer da war als dieser Klopfschreier, dem auch die allerprimärsten Begriffe der Logik fremd sind.

Als Beweis dafür nur zwei Beispiele. Zum Ausgangspunkt seiner Betrachtungen macht Hg. Engel ein neues nationalsozialistisches Prinzip der Gliederung des Reichs: „Man gliedere das Deutsche Reich in vier Einheiten: Familie, Gemeinde, der Staat im einzelnen Glieder des Reiches ist außer dem im einzelnen gegebenen Staat eine auch noch das Reich in seiner Gesamtheit. In der Tat eine ebenso neuartige wie originelle Gliederungsmethode! Und es gibt offenbar Leute, die so etwas lesen und sogar drucken, ohne sich oder den Verfasser an die Stirn zu fassen. Zweites Kapitel der Logik dieses Obmanns: „Wenn die Reichsregierungen ein Zinsgesetz schufen, durch welches ein vernünftiger Zinsfuß festgelegt wurde, so sind daran die Führer in der Gemeindepolitik nicht von der Schuld freizusprechen.“ Wörtlich! Man weiß nicht, worüber man mehr staunen soll, über die Regierungen, über das Zinsgesetz, über das Deutsch oder über den ganzen Unsinn.

Noch zum Programm,

das ja doch wohl trotz aller geistigen Unvollkommenheit des Obmanns irgendwie authentisch sein muß. Grundlage nationalsozialistischer Kommunalpolitik ist danach die Selbstständigkeit der einzelnen Gemeinde, die notwendig ist, weil die Gemeindeverwaltung „den ersten Kontakt mit den Familienverbänden“ besitzt. Diese Selbstständigkeit, die seit dem Freiherrn vom Stein bestand, ist nach dem Kriege wegen der „Futterkrippenwirtschaft“ beseitigt worden. Die Folge davon ist die „Schuldenwirtschaft“ in den Gemeinden. Sie hängt mit der „miserablen Verwaltungswirtschaft“ (außer mit

der „hässlichen Außenpolitik“) zusammen und diese wieder ist nur möglich wegen der preussischen Städteordnung, die „ein großes Durcheinander“ darstellt. Obwohl Herr Engel in seinen ganzen Ausführungen nur eine Städteordnung kennt, fordert er doch zum Schluß (offenbar aus einer anderen Quelle) deren „Vereinheitlichung“.

Die schlechte Städteordnung hat weiter zu einer „Bürgermeister-Inflation“ geführt: „Die Gemeindeverwaltungen müssen bei ihren hohen und höchsten Spitzen zu einer spartanischen Sparfamkeit übergehen. Des öfteren ist meinerseits die Forderung aufgeworfen worden, daß man bei den kommunalen Wahlbeamten weitestgehend die ehrenamtliche Tätigkeit einführen und pflegen solle.“ Da Herr Engel diese Forderung nur „seinerseits“ „aufwirft“ und sich überdies beklagt, daß man sie bisher als unzeitgemäß bezeichnet und abgelehnt habe, so dürften auch bei den Nationalsozialisten die Rechnungen darüber auseinandergehen, ob es bei den wachsenden Aufgaben der Städte zweckmäßig oder überhaupt möglich ist, das ehrenamtliche Element weiter auszudehnen.

Drei sachliche Forderungen

werden im ganzen erhoben, sie sind alles andere als Offenbarungen: eine gemäßigtere Baupolitik, Erhaltung kommunaler „Liegenschaften“ (kein Verkauf, keine Beleihung) und Umwandlung kommunaler Betriebe zu Ueberführungsbetrieben (Ansammlung eines Rücklagefonds). Für die Durchführung dieses Programms gibt es außer dem obligaten „Zinsgesetz“ keinerlei sachliches Rezept, sondern nur ein personales. Kein Wort darüber, durch welche sachlichen Maßnahmen die daniederliegende Bautätigkeit gefördert, der Verkauf städtischer Substanz gehindert, die Rentabilität der Betriebe erhöht werden soll. Ueber solche Fragen zerbricht sich ein Nazi-politiker auch in der Kommune nicht den Kopf. Der Kern des Problems wird überhaupt nicht angeührt. Es kommt nur auf die neuen Männer an, die werden den Boden schon schmeißen, ganz gleich wie. Und so folgt denn als der Weisheit letzter Schluß: Neuwahlen, Neuwahlen überall. Es kann nicht genug gewährt werden. Man an die Futtertröpfe! Immer wieder — darauf kam es uns an,

zeigt sich die geradezu katastrophale Hilflosigkeit nationalsozialistischer Politik,

sobald es einmal gilt, von der agitatorischen Phrase zu konkreten Formulierungen, zu praktischen Forderungen zu kommen. Wir hätten dem Artikel nicht so viel Ehre angetan, uns ausführlich mit ihm zu beschäftigen, wenn er nicht eine geradezu klassische Bestätigung dessen wäre, was an dieser Stelle immer und immer wieder gesagt worden ist: gerade in der Kommunalpolitik erweist sich am handgreiflichsten die völlige Prinzipienlosigkeit, Ideenarmut und Hilflosigkeit nationalsozialistischer Politik. Um so erstaunlicher der Mut, in dieser dürftigen Befriedung mit aller Gewalt in einen kommunalen Wahlkampf ziehen zu wollen! Wir werden gegebenenfalls den Herren nichts schuldig bleiben.

Genosse Karl Nischke, Bettendorfer Straße 28, vollendet am 27. August das 80. Lebensjahr. Ueber 25 Jahre ist Genosse Nischke Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und ebenso lange ist er Leiter des „Vorwärts“.

Referenten-Zusammenkunft!

Montag, den 29. August, pünktlich 19 1/2 Uhr, im großen Saal des „Gewerkschaftshauses“, Engelufer 24/25:

Vortrag des Genossen Dr. Rinner über:

„Die Anträge und Gesetzentwürfe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion“

Parteimitgliedsbuch und Einladungsschreiben sind mitzubringen und am Saaleingang zwecks Kontrolle vorzulegen. Der Bezirksvorstand.

„Goldene Umrandung und drei Sterne“

So findet man es bei der Post.

Aus Beamtenkreisen schreibt man uns: Das, was vor einigen Tagen im „Vorwärts“ über Bandchen, Sternchen und Klinkerfäden an den Uniformen der Reichspostbeamten gesagt wurde, trifft wortwörtlich zu. Man lese z. B. im „Amtsblatt des Reichspostministeriums“, Jahrgang 1932, Nr. 6, vom 12. Januar nach. Da findet man eine Verfügung über die Dienstkleidung und besonders über Gradabzeichen. Eine Beilage auf Kunstdruck erläutert alles ganz genau mit Abbildungen.

„Postamtmänner“ z. B. in Stellen von besonderer Bedeutung tragen einen Spiegel mit 3 Millimeter breiter goldener Umrandung und Eichenlaubstickereien. Ein gewöhnlicher Postamtmann unterscheidet sich von dem ersten dadurch, daß er statt des germanischen Eichenlaubs Lorbeerstickerei hat. Oberpostinspektoren verfügen auch noch über eine 3 Millimeter breite goldene Umrandung, haben aber weder Eichenlaub- noch Lorbeerstickerei, sondern drei Sterne und „einfache Stickerei“. Ein Postsekretär unterscheidet sich von einem Oberpostinspektor dadurch, daß er zwar wie dieser drei Sterne trägt, aber keinerlei Stickerei hat. Außerdem ist seine Umrandung nur 1 Millimeter breit. Der Oberpostinspektor hat drei, der Postinspektor zwei, der Postbote einen Stern und der Hilfspostinspektor, nun, dem leuchtet überhaupt kein Stern. Außerdem verfügen diese vier Beamtungskategorien auch über keinerlei goldene Umrandung, sondern nur über einen dunkelorangebraunen Vorkopf. Das ist alles. Das mit der Umrandung kann der Laie nicht so schnell unterscheiden, aber drei Sterne lagen ihm ohne weiteres, daß das wohl schon ein besonders tüchtiger Beamter sein muß. Immerhin, wenn die Unterbeamten in all den Jahren einen energischen Vorkopf ins Republikanisch- und Sozial-Organisatorische unternehmen hätten, dann brauchten sie sich heute nicht darüber zu unterhalten, warum der eine nur eine 1 Millimeter breite, und der andere eine 3 Millimeter breite goldene Umrandung, der eine nur einen Vorkopf und der andere eine Kognatmarke auf dem Kragenpiegel tragen darf.

Zuchthausurteil gegen Stadtschreiber.

Gewinnbringende Nachlassversteigerungen.

Der Stadtschreiber Gläser vom Bezirksamt Treptow wurde vom Schöffengericht Schöneberg wegen gewinnstüchtiger Urkundensäufung und Unterschlagung im Amt zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr zwei Monaten verurteilt und sofort im Gerichtsgefängnis wegen Flußverdachtes verhaftet.

Gläser war in seinem Bezirk als Wohlfahrtspfleger tätig gewesen. Als eine Rentnerin verstorben war, hatte er den Nachlass aufzunehmen und für die Bezirkskasse zu versteigern. Er ließ nun die Möbel, die er gebrauchen konnte, in seine Wohnung bringen und führte einen kleinen Betrag, der die Versteigerungssumme darstellen sollte, an die Kasse ab. In dem amtlichen Protokoll über den Nachlass fehlten mehrere Besitztümer der Verstorbenen, die der Angeklagte an sich genommen hatte. In einem anderen Fall hatte der Stadtschreiber einer 77jährigen Rentnerin eine Erhöhung ihrer Monatsrente um 20 Mark versprochen. Als Gegenleistung erhielt er aus den Ersparnissen der alten Frau einen Betrag von 800 Mark ausgezahlt. Er setzte nun in der Rentenliste den Betrag für die Frau um 20 Mark höher ein, so daß das Bezirksamt von da an die erhöhte Rente auszahlte. Der Angeklagte stand außerdem noch im Verdacht der Bedrohung und der Bestechung. In diesen Fällen wurde er jedoch freigesprochen.

Wenn man nach Brandenburg fährt!

Man schreibt uns: Die Ausflugsdampfer, die von Berlin über Potsdam nach Brandenburg a. d. H. fahren, legen in Brandenburg

Der Pilztod geht um

Wer Pilze nicht genau kennt, soll sie nicht sammeln

Die nächste Regenperiode bringt die Ernte für die Pilzfreunde; sie soll in diesem Jahr keine allzu ergiebige sein. Leider fordert die Pilzzeit immer wieder ihre Opfer an Vergiftungserscheinungen. Zu deren Verhütung und zur Belehrung der Pilzliebhaber veranstaltet die Verwaltung des Botanischen Gartens im Verein mit der Studiengemeinschaft der staatlichen Stelle für Naturschutz wie alljährlich auch in diesem Jahre einen fünfwöchigen Pilzkursus, der jeden Montag von 17 bis 19 Uhr im Botanischen Garten abgehalten wird.

An über 500 Lichtbildern und Erklärungen lernt man all die Schädlinge — es handelt sich nicht nur um Speisepilze, sondern auch um Baum-, Strauch- und Pflanzenparasiten — kennen. Was die Speisepilze anbetrifft, so ist der Hauptfeind des Menschen der auch im letzten Jahr wieder (Hauswirtschaftliche Potsdam und Jugendherberge Lichtenhagen) tödliche Vergiftungsfälle mit sich brachte, der giftige Knollenblätterpilz; infolge seiner starken Lechlichkeit mit dem ehbaren grünen Täubling wird er immer wieder gepflückt und gegessen. Auch in diesem Jahr ist in der Tschechoslowakei eine ganze Familie durch Genuß dieses Giftpilzes zugrunde gegangen. Es wäre also ratsam, daß jeder, der nicht eine ganz genaue Kenntnis dieser Pilzart besitzt, lieber die Finger davon läßt; der giftige Täubling unterscheidet sich vom ehbaren Täubling durch eine Hauttafche, einen Ring am kurzen Stiel und geschmeidig weiche Blätter, während der richtige grüne Täubling weder Tafche noch Ring und statt der geschmeidig-weichen, ganz brüchigen Blätter besitzt. Es würde zu weit führen, hier von den 150 bis 200 ehbaren, neben den unzähligen Spielarten giftiger Pilzarten zu sprechen, das besorgt in sehr instruktiver und ausführlicher Weise der Kursusleiter Professor Ulrich vom Botanischen Museum, der sich seit einem Vierteljahrhundert mit der Pilzkunde beschäftigt.

Neben den Speisepilzen werden dann die verschiedenen Obst-, Gemüse-, Baum- und Strauchschädlinge und ihre Bekämpfung besprochen; so erfährt man, daß die Kirschkäfer in diesem Jahr sehr stark unter der Ranzkrankheit — einem Schmarogerpilz — zu leiden hatten, was die Ernte außerordentlich beeinträchtigte. Die Stachelbeeren wiederum werden häufig vom Stachelbeermehltau oder vom Rostpilz heimgeheftet; der Rostpilz,

der die Frucht mit einem rotgelben Bezug verzieht, ist zwar nicht giftig, doch leiden Menschen und vor allem der Wohlgeschmack der Frucht darunter. Der Eichenmehltau, ein aus Amerika eingeschleppter Pilz, gefährdet den Wein; bei längeren Regenperioden wuchert er stark, geht von den Blättern auf die Beeren über und bringt diese zum Blauen. Die Schrottschimmelfäule, jene schufartigen Stellen an den Blättern, die der Laie vielfach für Raupenmistarten hält, ist auch eine häufig auftretende Erscheinung. Bei den Gemüse- und Kartoffelarten gibt es auch allerhand Kampfbjekte. Da ist die Kohlhernie oder der Kropf, der bei Kohl und Radieschen die Kopfwicklung vollständig unterbindet, am Wurzelhals starke Wucherungen und statt des Kopfes freisartiger verwickelter Gebilde erzeugt. Der äußerst gefährliche Kartoffelkrebs, gegen den kein Kraut gewachsen ist, wird durch vollständige Kreuzzüchtung aus Samen und Stecklingen erfolgreich bekämpft, indem man durch sorgfältige Beobachtung nur die krebsfesten Kartoffeln, die dieser Krankheit Widerstand leisten, züchtet.

Eine Hauptaufgabe des Kursusleiters ist es auch, die eingehenden, vollständig gemordenen Behauptungen aus der Welt zu schaffen. Da ist einmal das Märchen von der mitgekochten Zwiebel oder der Peterzille, die in unänderlicher Gestalt die Gewähr für die Echtheit der Pilze gibt; das ist grundfalsch, denn die Zwiebel bleibt in Kochgemeinschaft verschiedener Giftpilze völlig unverändert, wogegen sie in Gesellschaft der Pfefferlinge beispielsweise schwarz wird. Ebenso irrig ist die Ansicht, daß Pilze, an denen Maden oder Schnecken knabbern, ungesund seien. Im Gegenteil, es sehen sich gerade in Madenbehaufungen die Parasiten mit Vorliebe hinein. Dem theoretischen Pilzkursusunterricht ist auch noch ein kurzes Praktikum durch Ausflüge in die nächste und weitere Umgebung Berlins angegliedert. Für die Allgemeinheit sei vor allem immer wieder betont: Keine Pilze pflücken, deren Beschaffenheit und Lebensart man nicht ganz genau kennt. Die Erkrankungsgefahr ist eine allzugroße und schwere; so treten Vergiftungserscheinungen nach dem Genuß des oben genannten Knollenblätterpilzes beispielsweise erst nach acht, auch erst nach vierzig Stunden ein, so daß eine Rettung so gut wie ausgeschlossen erscheint. Die Krankenhausbehandlung sieht bei derartigen Erkrankungen Serumpräparaten und Bluttransfusionen vor.

Sport.

Trabrennen zu Ruhleben.

Preis von Weimar. 1. Tausendfüßler (J. Brömming); 2. Präsident; 3. Juchallah; 4. Vaelita. Toto: 20:10. Ferner liefen: Thunischgüt; Agnes K., Leib-Garde-Du-jar, Barbar, Ritzburg, Jecrus.

Jungfernen-Preis. 1. Köhnenbräu (Ch. Wills); 2. Polette; 3. Malve. Toto: 28:10. Ferner liefen: Irene Forbes; Kalland, Walli, Jean D., Wittridates, Florida, Paiba.

Preis von Dresden. 1. Luedel (B. Kraus); 2. Voraus; 3. Edelmeister. Toto: 72:10. Wagn: 57, 42:10. Ferner liefen: Pilsener, Erich S., Hans D., Heinrich D., Dra Lebarn.

Preis von Weimar. 1. Trifolium (J. Brömming); 2. Dialog; 3. Verweis. Toto: 74:10. Wagn: 21, 24, 20:10. Ferner liefen: Kreuzträger, Barole, Wollensrein, Huberta, Kanalla, Blauer Hans, Coeur-Dube, Albrecht der Vier.

Vier-Kennen. 1. Brunhild (Weidner); 2. Kantate; 3. Ralfater. Toto: 60:10. Wagn: 20, 20, 36:10. Ferner liefen: Kaffette, Pascha, Ali, Birna, Dornleber, Johann.

Spätsommer-Preis. 1. Dorothea (B. Kraus); 2. Corbula; 3. Effein; 4. Edgar. Toto: 114:10. Wagn: 19, 14, 13, 20:10. Ferner liefen: Angara (S. W.), Mephisto, Ksmold, Eminenz, Kuntort, Adio, Lindowgled, Nero.

Finis-Kennen. 1. Königshorn (J. Smobig); 2. Herbstatter; 3. Tieme; 4. Profag. Toto: 49:10. Wagn: 15, 31, 33, 19:10. Ferner liefen: Quivilla, Garde du Corps, Victoria, Landkrieger, Hippologie, Hofan, Pergamon, Bedonia, Jekate, Jnaid Bell, Beta Lee, Cullame.

Doppelwette: Trifolium — Dorothea 1033:10.

Aus der Partei.

Das fünfzigjährige Parteijubiläum des 75jährigen Genossen Raimund Trübener in Unter-Regdorf bei Gabelung a. R. ist von den Genossen im deutschböhmisches Isergebirge gefeiert worden. Trübener hat in der Heidenzeit der Bewegung schwere Verfolgungen erdulden müssen. Acht Jahre hat er als Bergarbeiter in Waldenburg gelebt. Später ist er wiederholt Reichsratskandidat im Alt-Oesterreich gewesen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68 Lindenstraße 2, 2. u. 3. Treppen rechts, zu richten

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

- 19. Kreis.** Das Komitee für Arbeiterpost und Körperpflege, Zehlendorf, veranstaltet am Sonntag, 28. August, ein Bade- und Spieltreffen am Großen Fentler. Der gemeinsame Abend wird um 8 1/2 Uhr vom U-Bahnhof Rummelsp. Bank. Die Parteimitglieder sind herzlich eingeladen. Da der Aufenthalt am Großen Fentler für den ganzen Tag vorgesehen ist, können Nachzügler zu jeder Zeit nachkommen.
- 22. Kreis.** Düncker Parteimitglieder: Sonnabend, 27., und Sonntag, 28. August, Wanderung nach Hermann-Vierhöfen. Treffpunkt: Sonnabend, 17 Uhr, und Sonntag, 8 Uhr, am Gro- und Müllerstraße.
- 74. Kreis.** Das Komitee für Arbeiterpost und Körperpflege, Zehlendorf, veranstaltet am Sonntag, 28. August, ein Bade- und Spieltreffen am Großen Fentler. Der gemeinsame Abend wird um 8 1/2 Uhr vom U-Bahnhof Rummelsp. Bank. Die Parteimitglieder sind herzlich eingeladen. Da der Aufenthalt am Großen Fentler für den ganzen Tag vorgesehen ist, können Nachzügler zu jeder Zeit nachkommen.
- 102. Kreis.** Freizeitsportarten und Lizenzen sind bis spätestens auf der nächsten Punktensitzung beim Kassierer Genossen Wehr abzugeben.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Kreis Steglitz. Mit. Kistlerleber: Morgen fährt nach dem Langen See. Fahrgeld 25 Pf. Treffpunkt Sonntag 7 1/2 Uhr Bahnhof Kistlerleber-Gr. **Wichtig:** Die Karten für die Dampfbootfahrt nach dem Forsthaus Tempelhof sind ausgegeben. **20. Kreis.** Kreisfeier am Montag, 29. August, 20 Uhr, Jugendheim Wittenau.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind an das Jugendsekretariat Berlin SW 68 Lindenstraße 2, 2. u. 3. Treppen rechts

Abteilungsleiter, geht sofort das September-Programm ab! — Die Blätter „Jugend gegen Krieg“ müssen am kommenden Mittwoch, spätestens aber am Freitag, 2. September, abgerechnet werden. Die Blätter, die nicht abgerechnet werden, gelten als bestaunt und werden nachher nicht mehr zurückgenommen.

Heute, Sonnabend.

19. Kreis. Werden 18 Uhr Aufschlag. **Werberleber Wedding und Tiergarten:** Sprechstunde 18 Uhr Rüttcher Straße 3. Die Wedding-Genossen müssen gleichzeitige Anschläge leisten für die Dampfbootfahrt. Treffpunkt zur Dampfbootfahrt morgen 6 1/2 Uhr Brandbrücke.

Morgen, Sonntag.

Kreis 1: Fahrt nach Scherz-Berlin. Treffpunkt 7 Uhr Hof. Schönhauser Allee. — **Kreis 2:** Fahrt nach Rudersee. Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof Schönhauser Allee. — **Kreis 3:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 7 Uhr Rote Erde. — **Kreis 4:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof. — **Kreis 5:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 6:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 7:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 8:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 9:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 10:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 11:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 12:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 13:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 14:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 15:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 16:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 17:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 18:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 19:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 20:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 21:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 22:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 23:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 24:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 25:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 26:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 27:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 28:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 29:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 30:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 31:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 32:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 33:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 34:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 35:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 36:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 37:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 38:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 39:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 40:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 41:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 42:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 43:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 44:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 45:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 46:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 47:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 48:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 49:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 50:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 51:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 52:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 53:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 54:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 55:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 56:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 57:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 58:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 59:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 60:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 61:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 62:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 63:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 64:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 65:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 66:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 67:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 68:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 69:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 70:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 71:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 72:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 73:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 74:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 75:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 76:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 77:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 78:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 79:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 80:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 81:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 82:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 83:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 84:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 85:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 86:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 87:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 88:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 89:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 90:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 91:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 92:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 93:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 94:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 95:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 96:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 97:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 98:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 99:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 100:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 101:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 102:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 103:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 104:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 105:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 106:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 107:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 108:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 109:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 110:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 111:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 112:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 113:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 114:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 115:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 116:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 117:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 118:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 119:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 120:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 121:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 122:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 123:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 124:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 125:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 126:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 127:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 128:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 129:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 130:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 131:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 132:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 133:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 134:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 135:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 136:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 137:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 138:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 139:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 140:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 141:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 142:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 143:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 144:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 145:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 146:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 147:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 148:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 149:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 150:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 151:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 152:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 153:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 154:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 155:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 156:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 157:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 158:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 159:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 160:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 161:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 162:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 163:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 164:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 165:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 166:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 167:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 168:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 169:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 170:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 171:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 172:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 173:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 174:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 175:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 176:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 177:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 178:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 179:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 180:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 181:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 182:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 183:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 184:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 185:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 186:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 187:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 188:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 189:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 190:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 191:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 192:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 193:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 194:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 195:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 196:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 197:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 198:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 199:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 200:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 201:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 202:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 203:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 204:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 205:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 206:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 207:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 208:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 209:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 210:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 211:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 212:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 213:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 214:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 215:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 216:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 217:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 218:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 219:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 220:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 221:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 222:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 223:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 224:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 225:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 226:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 227:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 228:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 229:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 230:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 231:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 232:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 233:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 234:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 235:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 236:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 237:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 238:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 239:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 240:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 241:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 242:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 243:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 244:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 245:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 246:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treffpunkt 8 Uhr Rummelsp. — **Kreis 247:** Fahrt nach Rummelsp. Bank. Treff

Signale aus Hamburg.

Scharfer Protest Hamburgs gegen die exportfeindliche Handelspolitik.

Die Öffentlichkeit fürchtet nicht mit Unrecht, daß das Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung die großagrarische Ab-sperrungspolitik mit ihrer zunehmenden Vernichtung des Exports und des Ueberseeverkehrs in gefährlicher Weise fördern wird. Der hamburgische Staat, die in der „Versammlung eines ehrbaren Kaufmanns“ vereinigte gesamte Hamburger Wirtschaft haben Entschlüsse gefaßt und Vorstellungen bei der Reichsregierung erhoben in einer Schärfe, die einem Notschrei vor der wirtschaftlichen Erdrückung gleichkommt. Die „Versammlung eines ehrbaren Kaufmanns“ veröffentlicht folgende Entschlüsse:

„Die Versammlung eines ehrbaren Kaufmanns hat mit schwerer Besorgnis von den Bestrebungen Kenntnis erhalten, die Einfuhr gewisser land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse durch ein Kontingentierungssystem zu beschränken. Solche Maßnahmen würden lebenswichtige Teile der deutschen Wirtschaft schwer treffen. Die in Deutschland besonders an den Seehafenplätzen bestehenden zahlreichen Einfuhrhäuser müßten ihre Betriebe noch weiter einschrumpfen sehen.

Die noch am Leben gebliebenen deutschen Unternehmen im Auslande würden in ihrem Kern um die Erhaltung ihrer Existenz hart betroffen.

Die Ausfuhr deutscher Industrieerzeugnisse hängt unmittelbar von der Gestaltung der Einfuhr ab. Verschleßt sich Deutschland gegen die Erzeugnisse fremder, mit ihm im Handelsverkehr stehender Länder, so werden diese Länder weder imstande noch gewillt sein, fernerhin deutsche Industrieerzeugnisse aufzunehmen.

Weitere bedeutende Zweige der Exportindustrie Deutschlands würden aufs schwerste leiden. Die Erfahrungen, die in letzter Zeit mit der Kontingentierung einzelner Waren gemacht worden sind, haben deutlich erwiesen, daß Gegenmaßnahmen der betroffenen fremden Staaten und ihrer Bevölkerung die sichere Folge sein müßten.

Die Schwächung der deutschen Kaufkraft im Innern, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die Störung des Verteilungsapparats

müssen notwendig dazu führen, daß die Absatzmöglichkeiten für die Erzeugnisse der deutschen Wirtschaft im Inlande ver-ringert werden, so daß die von dieser Seite erhoffte Preissteigerung höchst fraglich erscheinen muß. Daher können alle diese Schädigungen des Außenhandels und der inneren Wirtschaft, zu denen noch die oft im einzelnen dargelegten allgemeinen unheilvollen Folgen jeder staatlichen Zwangswirtschaft hinzutreten, nicht den mit diesem Bestreben verfolgten Hauptzweck erreichen.

Kein einsichtiger Wirtschaftler wird sich der Erkenntnis von der Bedeutung der Landwirtschaft für Deutschland und von der Notwendigkeit, ihr in ihrer schweren Notlage zu helfen, verschließen. Aber dagegen muß die Verharmlosung eines ehrbaren Kaufmanns mit aller Entschiedenheit protestieren, daß zur Erreichung dieses Zieles wirkungslose Methoden verfolgt und wichtige und volkswirtschaftlich notwendige Teile des deutschen Außenhandels zerstückelt werden. Die Folgen für die deutsche Wirtschaft würden unabsehbar sein.“

Die Aktion des Staates Hamburg.

Die hamburgische Staatsregierung teilt amtlich mit: Die hanseatische Abordnung trat am Donnerstag ihre Besendungen gegen die angekündigten Kontingentierungspläne zur Einschränkung der Einfuhr ausländischer Agrarerzeugnisse im Auswärtigen Amt dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, dem Reichsinnenminister Freiherrn von Gans und dem Reichsarbeitsminister Schäffer sowie im Reichsfinanzministerium dem Reichsfinanzminister in seiner Abwesenheit mit dem Empfang beauftragten Ministerialdirektor Dr. Döcher vor. Die Aussprache ergab weitgehende Uebereinstimmung der Ansichten. Eine Denkschrift der Hansestädte wurde am Donnerstag dem Reichskanzler von Papen über-mittelt. Abschriften dieser Denkschrift hat die hanseatische Abordnung auch den genannten vier Ministern übergeben. Den Hansestädten wird Gelegenheit geboten werden, zu den etwa geplanten Einzelmaßnahmen eingehend schriftlich und mündlich Stellung zu nehmen, bevor sie endgültig vom Reichskanzler verabschiedet werden.

Protest des Hamburger Großhandels.

Der Ausschuß des Arbeitgeberverbandes des Großhandels hat sich in einer Sitzung ebenfalls mit den Autarkiebestrebungen der Reichsregierung befaßt. Die Auswirkungen der von der Reichsregierung beabsichtigten Einfuhrbeschränkungen würden, so wurde erklärt, bei ihrer Verwirklichung für einen großen Teil der von dem Verbands erfassten Firmen unabsehbar sein. Wenn die Absicht der Reichsregierung zur Durchführung kommen sollte, müßte der Arbeitgeberverband des Großhandels in Hamburg mit Rücksicht auf die vorauszu sehenden katastrophalen Auswirkungen bei einem großen Teile seiner Mitglieder die Tarifbindungen zum nächst zulässigen Termin lösen.

Kampf um Schulden und Zinsen.

Sollen faule Schuldner wieder prämiert werden? — Die Schuldeinigungsämter.

Als sich Brüning im Dezember 1931 an die zwangsweise Zinsenkung heranwagte, wurde sofort voraus darauf hingewiesen, daß das Experiment zu einer langdauernden Beunruhigung und Lahmlegung des Kapitalmarkts führen müsse; denn niemand kann davor sicher sein, daß nicht eines Tages dieselbe oder eine andere Regierung eine abermalige zwangsweise Zinsenkung oder gar Kapitalabwertung dekretieren werde. Heute besteht unter der Papen-Regierung die Gefahr für beides. Es ist kein Zufall, daß sich die Zinsenkung und Abwertung betreibenden Schuldnergruppen

gerade der reaktionärsten Parteien, der Nazis und der Deutschnationalen, bedienen,

um ihren Bestrebungen auf Enteignung der Gläubiger zugunsten der Besitzenden zum Siege zu verhelfen. Die Drahtzieher der Aktion können auch nicht mehr die Entschuldigung für sich in Anspruch nehmen, die der Regierung Brüning immerhin zugebilligt werden muß. Die Regierung Brüning stellte die zwangsweise Zinsenkung in den Rahmen einer großen zwangsweisen Abbauaktion, die soweit als möglich alle Preise, Löhne, Zinsen und Mieten umfassen sollte. Die heutigen Befürworter der Schuldenabwertung wollen sich mit ihrer eigenen Entlastung begnügen, von einer Senkung der Preise (Landwirtschaft als Schuldner!) ist bei ihnen nicht die Rede.

Die Agitation der Schuldenabwerter wird stimmungsmäßig durch drei Vorgänge beeinflusst, die von diesen Leuten in verlogener Weise ausgenutzt werden: durch die Konversion der englischen Kriegsanleihen, die Zinsenkung bei den Stillhalte-schulden und die Diskussion über den Transfer für den Auslandsanleihe-dienst.

Die englische Kriegsanleihekonzersion ist der klassische Fall des Gegenteils dessen, was die Schuldenabwerter erstreben.

Denn die englische Zinsenkung für Kriegsanleihen von 5 auf 3½ Proz. erfolgte in voller Freiwilligkeit, und das überraschend günstige Ergebnis — rund 90 Proz. der Anleihe wurden umgetauscht — war nur möglich, weil durch die flüssige Lage des Geldmarkts und das absolute Vertrauen in den Staatskredit der Zinsfuß für öffentliche Verpflichtungen ohnehin stark herabgedrückt worden wäre. Man kann nicht behaupten, daß in Deutschland heute gleich günstige Bedingungen für ähnliche Maßnahmen gegeben wären.

Die Zinsenkung bei den Stillhalte-schulden kann auch nicht als Beispiel herangezogen werden.

Sie ist gewiß überaus begrüßenswert. Denn sie bringt eine gewisse Entlastung für die deutschen Devisenverpflichtungen und auch eine direkte Entlastung für die deutschen Schuldner mit sich. Sie konnte aber nur deshalb verhältnismäßig glatt durchgeführt werden, weil es sich dabei um prinzipiell kurzfristige Schulden handelt, deren Verzinsung normalerweise von den jeweiligen Zinsätzen auf den internationalen Märkten stark abhängig ist. Bei der Verlängerung solcher Gelddarlehen ist es eben auch sonst üblich, eine Anpassung an veränderte internationale Geldmarktverhältnisse vorzunehmen.

Viel ernster liegt das Problem bei den langfristigen Auslands-schulden. Die besondere Schwierigkeit liegt darin, daß nicht vorauszu sehen ist, ob Deutschland dauernd die Dollar, Pfunde, Franken und Gulden für die Zinszahlung auf diese Anleihen wird aufbringen können, wenn die Zinsen auf der jetzigen Höhe bleiben und wenn die deutsche Warenausfuhr ihren jetzigen Tiefstand nicht bald überwindet. Trotzdem kann kein verantwortlicher Politiker die einseitige Herabsetzung der deutschen Schuldverpflichtungen gegenüber dem Ausland zur Diskussion stellen, und

der Reichswirtschaftsminister Barmbold hat eine solche Möglichkeit kategorisch abgelehnt.

Jedenfalls kann das internationale Schuldenproblem auch nicht durch „autonome Schuldenregelung“ nach Hugenberg'scher Manier gelöst werden,

sondern nur durch internationale Vereinbarungen, die am besten den ganzen Kreis der zusammengehörigen Probleme, d. h. der handelspolitischen und Währungsprobleme mit zu lösen trachten. Sperren sich nämlich die Gläubigerländer vor den Waren der Schuldnerländer ab, dann dürfen sie sich auch nicht wundern, wenn die Bezahlung der Schulden auf Schwierigkeiten stößt.

Theoretisch ist der Spielraum für staatliche Eingriffe bei den inländischen Schulden natürlich sehr groß. Praktisch aber sind die Wirkungen auf den Kapitalmarkt oder einfach verheerend, wie wir es ja im Zusammenhang mit der Dezember-Rotverordnung erlebt haben.

Zwei große Nebel sind bei einer zwangsweisen Zinsenkung oder gar Schuldenabwertung für langfristige Verpflichtungen unvermeidbar:

Erstens wirken solche Maßnahmen nur in die Vergangenheit, nicht in die Zukunft. Sie erleichtern also die Aufnahme neuer Schulden nicht, sondern erschweren sie. Beweis dafür sind die Kurserluste für festverzinsliche Papiere seit dem vorigen Dezember und die völlige Lahmlegung des Kapitalmarkts für neue Anleihen. Um nur ein Beispiel zu nennen: der Wohnungsbau hat die katastrophalen Folgen auf das stärkste gespürt. Zweitens stellt eine zwangsweise Senkung der Zinsen oder des Schuld-kapitals insofern eine große Ungerechtigkeit dar, als sie den zahlungsfähigen mit dem notleidenden Schuldner ebenso in einen Topf wirft wie den leistungsfähigen und den notleidenden Gläubiger. Es kommt vor, daß die zwangsweise Zinsenkung der Schuldenabwertung den leistungsfähigen Gläubiger zugunsten eines notleidenden Schuldners trifft, sie trifft aber ebenso

die kleinen Sparrer zugunsten reicher und zahlungsfähiger Schuldner.

In dem großen und lähmen Programm der sozialistischen Krisenüberwindung, das seinen Niederschlag in den sozialdemokratischen Anträgen zur Eröffnung des Reichstags gefunden hat, dürfte eine klare Stellungnahme zum Schuldenproblem nicht fehlen. Aber die Lösung dieses Problems mußte, auch wenn die Frage als solche einen rein kapitalistischen Charakter hat, von sozialistischer Gesinnung getragen sein, zum Unterschied von der Stellung aller anderen Parteien. Eine rein kapitalistische Lösung wäre es, wenn man sich auf den liberalistischen Standpunkt zurück-jöge, alles beim alten zu lassen und die Sanierung der Schuldenfrage dadurch herbeizuführen, daß man es in allen Fällen auf den Konkurs des schwachgewordenen Schuldners ankommen läßt. Rein kapitalistisch ist aber ebenso der entgegengesetzte Standpunkt der unterschiedslosen Enteignung aller Gläubiger zugunsten der Schuldner, d. h. praktisch zugunsten der Unternehmer und Großagrarier.

Die Grundsätze sozialistischer Wirtschaftspolitik

hingegen gebieten in diesem Fall die Gewährung eines staatlichen Schutzes für Schuldner, die zwar infolge der Wirtschaftskrise notleidend geworden, aber auf die Dauer wirtschaftlich lebensfähig geblieben sind, gegenüber Gläubigern, die leistungsfähig genug sind, um Zins- oder Kapitaleinbußen ertragen zu können. Nur auf solche Fälle soll sich nach dem sozialdemokratischen Antrag der sozialistische Eingriff in die Schuldverhältnisse beschränken. Der

Antrag sieht die Einrichtung von Schuldeinigungs-ämtern vor, die eine Verständigung zwischen Schuldner und Gläubiger anzustreben, im Notfall aber auch von sich aus eine Änderung der Schuldverhältnisse herbeizuführen haben.

Die hemmungslose Agitation der Nazis und der Deutschnationalen in der Schuldenfrage hat eine verzweifelte Nehnlichkeit mit der Aufwertungs-demagogie, die die gleichen Kreise vor acht Jahren getrieben haben und die damals so schmachvoll zusammengebrochen ist. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hingegen hat mit ihrem Antrag genau wie damals den einzigen gerechten und sachlich vertretbaren Ausweg gewiesen.

Wirtschaft braucht mehr Geld.

Ein gutes Zeichen? — Die Bankbilanzen Ende Juli.

Nach der Bankenstatistik von Ende Juli sieht es so aus, als ob die Wirtschaft bei den Banken liegende Gelder stärker in Anspruch nimmt. Das kann ein gutes Zeichen sein, weil es auf wachsende Beschäftigung schließen lassen würde, muß es aber nicht sein, weil die andauernde innenpolitische Beunruhigung auch zu Gelddrückungen, Hortungen und Verschiebungen führen kann.

Die bei den Berliner Großbanken angelegten fremden Gelder sind gegenüber Ende Juni von 7541 auf 7457, bei sämtlichen Kreditbanken von 9250 auf 9137 Millionen zurückge-gangen. Dabei haben sich die langfristigen angelegten Gelder etwas vermehrt. Die Finanzierung der Rückzahlungen scheint leicht gewesen zu sein, denn das von den Banken gegebene Akzept hat sich bei den Großbanken um 20 auf 796, bei sämtlichen Kreditbanken um 26 auf 884 Millionen weiter verringert.

Die flüssig gehaltenen Summen (Kasse, Rotenbank-guthaben, andere flüssige Guthaben) sind bei den Großbanken um 44 auf 440, bei sämtlichen Banken um 49 auf 582 Millionen ge-sunken. Obwohl im Juli die Banken den 125-Millionen-Ueber-brückungskredit für das Reich finanziert haben, sind die Wechsel- und Schatzwechselbestände nur um 1 auf 1661 Millionen bei den Großbanken und um 7 auf 2247 Millionen bei sämtlichen Kredit-banken gestiegen, was für stärkere Inanspruchnahme der Reichsbank im Juli spricht. Die im Außenhandel gewährten Kredi-te (Warenvorschüsse) gingen langsamer als bisher zu-rück, nämlich um 8 auf 1097 Millionen bei den Großbanken und um 10 auf 1187 Millionen bei sämtlichen Kreditbanken. Bei den auf laufendem Konto gewährten Krediten hat sich der Abbau (durch Rückzahlung oder Sanierung) fortgesetzt. Die Debitoren sanken bei den Großbanken um 60 auf 4677 und um 69 auf 5776 Millionen bei den Kreditbanken.

Industrierisiken durch Naziterror.

Die Ausländer kommen einfach nicht mehr zum Einkauf.

Aus dem Schwarzwälder Uhrenindustriegebiet wird der „Schwäbischen Tagwacht“ geschrieben: „Unheimlich schwin-det der Uhrenexport dahin. Die Gesamtausfuhr an Uhren fiel von 42 900 Doppelzentnern im ersten Halbjahr 1929 auf 23 566 Doppelzentner im gleichen Zeitraum für 1932 oder von 27 Mil-lionen Mark auf 13,2 Millionen Mark. Die Ausfuhr von Groß-uhren (Wanduhr, Standuhr usw.), sonst immer ein Hauptausfuhrartikel, sank von 35 899 Doppelzentner oder 13,6 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1929 auf 16 980 Doppelzentner oder 8 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1932. Das sind Zahlen, die zu denken geben. Infolge der Zollpolitik der bisher von Hitler tolerierten Papen-Regierung verlor der deutsche Uhrenmarkt immer mehr Staaten, so neuerdings Holland und Dänemark. Aber noch gefährlicher als die Zölle sind für den deutschen Außenhandel die ewigen politischen Anruhen, die die Nazis aller-orten anzetteln. Ihre Auswirkungen auf unsere Ausfuhr und damit auf die einheimische Wirtschaft aller Zweige sind geradezu ver-heerend. Unsere Fabrikanten wissen davon auf Grund von schrift-lichen und mündlichen Zeugnissen und Neuerungen ihrer ausländi-schen Kundenschaft zu erzählen. Heute wagt sich selten mehr ein Ausländer herein nach Deutschland. Alle fürchten den Bürgerkrieg, die politischen, durch die Nazis unausgesetzt her-gerufenen Anruhen. Als es in Deutschland noch eine unbekannte Sache war, den politisch Andersdenkenden mit Messer und Dold, mit Revolver, Handgranaten und Bomben zu schädigen, da kamen noch viele ausländische Käufer zu uns. Heute? Die Nazis haben sie fast alle vertrieben! Unsere Wirtschaft und jede Kauf- und Steuerkraft gehen zugrunde; die furchtbare Ursache dafür sind die Bürgerkriegsmethoden und die Mord-peist der Braunhemden.“

New Yorker U-Bahn unter Zwangsverwaltung

Das New-Yorker Bundesgericht hat auf Ansuchen der American Brake u. Shoe Foundry Co. zwei Zwangsverwalter für die Interborough Rapid Transit Co. ernannt. Die Gesellschaft betreibt die Hoch- und Untergrundbahnen in New York, welche vier von den fünf Bezirken der Stadt New York verbinden. Die Verwaltung hatte dem Antrage auf Zwangsverwaltung selbst zugestimmt.

Preisstärkung auch für Kartoffelstoden und Stärkemehl. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat eine Ver-ordnung über Einlagerung von Kartoffelstoden und Kartoffelstärk-mehl durch die Deutsche Getreide-Handels-Gesellschaft erlassen, durch welche die Gesellschaft in die Lage versetzt wird, die Lagerung von Kartoffelstoden und Kartoffelstärkemehl zu übernehmen und hierfür Lager-scheine auszustellen. Die Verordnung wird am 15. September in Kraft treten.

Oesterreich erhält keine Völkerbundsanleihe tatsächlich kaum vor Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres, da die Ratifizierung des Lausanner Protokolls erst nach Zusammen-tritt der Parlamente erfolgt. Die 300 Millionen Schilling sind außerdem von den aufbringenden Ländern noch nicht voll gesichert. Das Lausanner Protokoll erweist sich für Oesterreich also auch in finanzieller Hinsicht noch als besonders ungünstig.

Neue holländische Einfuhrkontingentierungen. Holland hat die Einfuhr von Strümpfen und Socken auf 90 Proz. der Einfuhr während der Zeit von 7 Monaten in den Jahren 1930 und 1931, Teppichen auf 75 Proz., Rähgarnen auf 80 Proz. der Einfuhr während des gleichen Zeitraumes, Tischtücher und Servietten auf 70 Proz. der Einfuhr während der Dauer von 7 Monaten in den Jahren 1929, 1930 und 1931 begrenzt.

Die russische Autoproduktion. Im ersten Halbjahr 1932 wurden in der Sowjetunion insgesamt 9127 Personen- und Lastkraftwagen hergestellt gegenüber 7769 in der gleichen Zeit des Vorjahres und 2448 im ersten Halbjahr 1930. Zwei Drittel dieser Produktion entfielen auf die Stalin-Werke, der Rest auf die beiden Werke in Rischnionomgorod und Jaroslaw. Die auf die russische Autoproduktion gesetzten großen Erwartungen sind noch nicht erfüllt. Wesentlich größer ist die russische Traktorenherzeugung, die ebenfalls zu zwei Dritteln im Stalin-Werk erfolgt und im ersten Halbjahr 1932 auf 21 000 gestiegen ist.

JRMGARD KEUN

Gilgi eine von uns

[2]

Trautes Heim — Glück allein. Die Familie ist beisammen. Vater, Mutter und Tochter. Sie trinken Kaffee. Hausmischung: ein Viertel Bohnen, ein Viertel Zichorie, ein Viertel Gerste, ein Viertel Karlsbader Kaffeegewürz. Das Getränk sieht braun aus, ist heiß, schmeckt scheußlich und wird widerstandslos getrunken. Von Herrn Kron wegen der Nieren und wegen der Sparfamkeit, von Frau Kron wegen des Herzens und wegen der Sparfamkeit, von Gilgi aus Resignation. Außerdem ist bei allen dreien der Widerstand durch Gewohnheit gebrochen.

Alle drei essen Brötchen mit guter Butter. Herr Kron (Karnivalsartikel ein Gros) ist als einziger ein Ei. Dieses Ei ist mehr als Nahrung. Es ist Symbol. Eine Konzession an die männliche Ueberlegenheit. Ein Kontrastattribut, eine Art Reichsapfel.

Keiner spricht. Jeder ist stumm beklüftet mit sich selbst beschäftigt. Der vollkommene Mangel an Unterhaltung kennzeichnet das Anständige, Begitimierte der Familie. Das Ehepaar Kron hat sich ehrbar bis zur silbernen Hochzeit durchgelangweilt. Man liebt sich und ist sich treu, eine Tatsache, die zur Alltäglichkeit geworden, nicht mehr besprochen und empfunden werden braucht. Sie ruht wohlherpaft und etwas angegibt zusammen mit dem Hochzeitsalter irgendwo in dem Büfett aus dem neunzehnten Jahrhundert. Die Langeweile ist die Gewähr für das Stabile ihrer Beziehungen, und daß man sich nichts zu sagen hat, macht einander unverdächtig.

Herr Kron liest im „Kölner Stadtanzeiger“. Seine rotbraune, leidlich gepflegte Rechte führt in regelmäßigen Intervallen die Kaffeetasse zum Mund. Sein rundes, frischfarbendes Gesicht hat den betroffenen und sorgenvollen Ausdruck, den der Gewohnheitszeitungsleser anzunehmen hat. Ein anständiger Mensch kann unmöglich ein vernünftiges Gesicht machen, wenn er liest: Polnische Infanteristen auf deutschem Boden. Schweinerei sowas. „Europäisches Manifest“. Briand legt der Schlusssignung des Europausschusses eine Kundgebung für den europäischen Frieden und Wiederaufbau vor. Die nachfolgende Ausführung begreift Herr Kron nicht ganz, ein Grund, doppelt sorgenvoll zu blicken. Kann man Briand trauen. Man kann keinem trauen. Weiter: Skandal im Haushaltsausschuß. — Edelstein schmuggel nach Polen — Zeugenaufmarsch im Laufend-Prozess — Raubüberfall auf ein Buttergeschäft. Lauter unerquickliche Sachen. Weiß der Himmel, daß der gute Zeitungsleser aus gesundheitlichen Rücksichten trau-

rige Nachrichten mit düsterer Befriedigung aufnehmen und verdauungsanregend auf sich wirken lassen muß. Weitere Krutchenfalsch-Berichte: Der Bischof von Leitmeritz gestorben — Wieder ein Waffenlager aufgegedt — und hier... Herr Kron liest laut, mit einer Stimme, die abendlichen Biergenuss verrät: „Tragedie auf der Treptower Brücke, 'ne Frau is mit ihrem Kind ins Wasser gesprungen“.

„Beide tot?“ fragt Frau Kron beinahe hoffnungsfroh. Nicht aus Rohherzigkeit. Sie spürt nur das mitleidvolle Gruseln, das ihr Todes- und Skandalbotschaften verur-



Tick-tick-tick — rrrrr — bezugnehmend auf Ihr ...

„Die Mutter kann se jereitet“, berichtet Herr Kron. Er spricht unverfälschten kölnischen Dialekt, teils aus Lokalpatriotismus, teils aus Geschäftsinteresse. Mutter gerettet, Kind tot. Frau Krons mitleidvolles Gruseln halbiert sich und hinterläßt Unbefriedigtsein. Ausgleichsuchend vertieft sie sich in die Annoncenbeilage. Inventurausverkauf. Uedings Schuhe — unsere Schausenster sagen alles. Teppichbursch — die drei letzten Tage — Dualitätsware. Frau Kron liest. Sie ist breit und zerfloffen. Das Fleisch ihrer Arme und Brüste ist ehrbar schlaff und müde. Sie ist grau und reizlos und hat nicht den Wunsch, anders zu sein Sie kann es sich leisten zu altern. Ihr dunkelblaues Wollkleid hat hellgrauen Kragen und Manschettenaufpuß. Oben am Halsauschnitt steckt eine elfenbeinerne Brosche — Rudimente der Eitelkeit.

Sie sitzt auf dem grünen Plüschsofa, liest im Annoncenteil des „Kölner Stadtanzeigers“, stüpft mit dem breiten, fleischigen Daumen Brötchenkrümel vom Tisch, die sie abwesend zum Mund führt. Ueber ihr redt Washington seine Fahne von der normalen Größe eines Bettlatens.

Mit eiligen, aber unhaftigen, leichten Bewegungen trinkt Gilgi eine Tasse Kaffee, ist ein mager gestrichenes Brötchen — man will doch nicht dick werden — zündet sich eine Zigarette an, macht drei, vier, fünf Züge, drückt die Zigarette auf der Untertasse aus und erhebt sich.

„Ich, Vater.“
„Ich, Gilgi.“ Herr Kron hebt den Kopf, will etwas sagen, irgend etwas Freundliches. Interessierendes, er klappt den Mund auf: es fällt ihm nichts ein. Er klappt den Mund zu und läßt den Kopf wieder sinken.

„Ich, Mutter.“ Gilgi streicht ihr flüchtig über die speckige Schulter und geht aus dem Zimmer.

„Gilgi“, ruft es hinter ihr her, „kommst heut' nachmittag nich mit zum Kaffee zu Deißlers?“ Frau Kron ist gebürtige Hamburgerin, ahmt aber aus ehelicher Anpassungslust mit gutem Willen und schlechtem Erfolg den rheinischen Dialekt ihres Mannes nach.

„Keine Zeit“, ruft Gilgi und klappt die Flurtür hinter sich zu.

Rein, sie hat keine Zeit zu verlieren, keine Minute. Sie will weiter, sie muß arbeiten. Ihr Tag ist vollgepfropft mit Arbeiten aller Arten. Eine drängt hart an die andere. Raum, daß hier und da eine winzige Lücke zum Atemholen bleibt. Arbeit. Ein hartes Wort. Gilgi liebt es um seiner Härte willen. Und wenn sie einmal nicht arbeitet, wenn sie sich einmal Zeit zum Jungeln, zum Hübschlein, zur Freude schenkt — dann eben um der Freude, um des Vergnügens willen. Arbeit hat Sinn, und Vergnügen hat Sinn. Mit der Mutter zum Kaffeeklatsch gehen, wäre weder Vergnügen noch Arbeit, sondern sinnlos verschwendete Zeit. Es gibt nichts, was Gilgi mehr gegen Natur und Gewissen geht.

Gilgi sitzt in der Straßenbahn. Eigentlich wollte sie zu Fuß gehen, hat aber keine Zeit mehr dazu. Neben ihr, vor ihr die Reihe der Angestellten. Müde Gesichter, verdrossene Gesichter. Alle sehen einander ähnlich. Gleichheit des Tageslaufs und der Empfindungen hat ihnen den Serienstempel aufgedrückt. Jemand zugestiegen — sonst noch jemand ohne Fahrkarte? Keiner tut gern, was er tut.

Ihr Jungen, ihr unter dreißig, habt auch ihr nur dieses hoffnungsarme Frühmorgengesicht. Morgen ist Sonntag. Werden da nicht am Nachmittag keine Wunschbilder in euren Augen brennen? Nicht wahr, junger Mann, man laßt sich nicht so eine schöne, strahlend gelbe Krawatte, wenn man nicht heimlich glaubt, eines Tages Chef mit Privatauto und ausländischem Bankguthaben zu sein? Braunes Fräulein aus guter Familie, nicht wahr, Sie würden die bunte Halskette nicht umbinden, wenn Sie nicht wünschten, daß einer kommt, der findet, daß sie Ihnen hübsch steht? Kleiner Kottopf, hättest du die zwanzig Mark für die Dauer-



„Warten Sie“, sagt Herr Reuter ...

wellen ausgegeben, wenn du nicht von Schönheitskonkurrenz und Filmengagement träumst? Auch Greta Garbo ist einmal Verkäuferin gewesen. Fahrt ins Geschäft. Tag für Tag. Wird etwas kommen, was das Gleichmaß der Tage unterbricht? Was? Der Douglas Fairbanks, der Lotteriegewinn, das Filmengagement, die märchenhafte Beförderung, der Sternalterregen vom Himmel? Wird das kommen? Nein. Keine Aussicht auf Wechsel und Unterbrechung? Doch. Welche? Krankheit, Abbau, Erwerbslosigkeit. Aber man fährt ja noch. Wie gut.

Gilgi sieht aus dem Fenster. Die Trostlosen da im Wagen — nein, sie hat nichts mit ihnen gemein, sie gehört nicht zu ihnen, ich will nicht zu ihnen gehören. Sie sind grau und müde und stumpf. Und wenn sie nicht stumpf sind, warten sie auf ein Wunder. Gilgi ist nicht stumpf und glaubt an kein Wunder. Sie glaubt nur das, was sie schafft

und erwirbt. Sie ist nicht zufrieden, aber sie ist froh. Sie verdient Geld.

Ihr da im Wagen, freut ihr euch denn nicht? — Wir sind so müde.

Aber ihr verdient doch Geld?

Es ist so wenig.

Ihr könnt aus dem Wenigen mehr schaffen.

Das ist so schwer. — Darum ist es schön. Es ist nicht schön.

Die Zeiten sind schlecht. Keiner ist gern, was er ist. Keiner tut gern, was er tut.

Ist denn keiner von euch so jung wie ich, freut sich keiner wie ich? Doch. Ein — zwei — drei Gesichter. Junge, straffe Züge, harte,

kleine Stirnfalten, unternehmungsbereites Kinn, wache Augen.

Gilgi umschließt mit der Hand die äußere Kante ihres Koffers. Hart und fest. Die knappe, kleine Bewegung ist ein Händedruck. Also doch! Nicht ich — sondern wir. Wir! Sie hebt den Kopf und hat frohe Augen. Du — du — du und ich: wir werden es schaffen.

Tick-tick-tick — rrrrr — bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 18. ds. ... tick-tick-tick — rrrrrr ... einliegend überreichen wir Ihnen ... tick-tick-tick ... im Anschluß an unser

gestriges Telefongespräch teilen wir Ihnen mit ...

Die Stenotypistin Gilgi schreibt den neunten Brief für die Firma Reuter und Weber, Strumpfwaren und Tricotagen ein Gros. Sie schreibt schnell, lauber und fehlerfrei. Ihre braunen, kleinen Hände mit den draven, kurznäglig getippten Zeigefingern gehören zu der Maschine, und die Maschine gehört zu ihnen.

Tick-tick-tick — rrrrr ... die Stenotypistin Gilgi geht zum Chef und legt ihm die Briefe zur Unterschrift vor.

„Warten Sie“, sagt Herr Reuter, liest jeden Brief, um dann mit etwas verlogener Energie seinen Namen unter das getippte Hochachtungsvoll zu hauen. Gilgi wartet. Die bleiche Winterjonne malt Kringle auf den gelben Rollschrank, den rauhhaarigen Korkteppich und auf Herrn Reuters erförmigen Plüschkopf. (Fortsetzung folgt.)

Aber, gnä Herr!

Wiener Fremdenverkehrsszene / Von Ludwig Hirschfeld

Der Fremde aus Norddeutschland kommt mit seiner Tochter des Weges, verfolgt von einem Chauffeur, der zwei Geldstücke auf der geringfügig vorgestreckten flachen Hand trägt.

Chauffeur (drohend-gemüht): Aber, gnä Herr, döös soll a Trinkgeld sein?

Fremder: Ich kann Ihnen keine Lebensrente auswerfen.

Chauffeur: Für dö zwanzig Groschen kann i mir ja net amal a Viertel Wein kaufen.

Fremder: Um so besser. Ein Chauffeur soll nüchtern sein.

Chauffeur (plötzlich unmißlich): A so a Schmutzeret war no net da!

Fremder: Was erlauben Sie sich? ... Gott sei Dank, ein Schuhmann. Sagen Sie, Herr Schuhmann, 20 Groschen Trinkgeld, das ist wohl reichlich?

Schuhmann: Für einen Einheimischen, aber in der Fremdensofon. (Er winkt dem Chauffeur, der, von Groll und Menschenverachtung erfüllt, abgeht.)

Fremder: Unglaublich, was einem hier zugemutet wird.

Tochter: Und man versteht die Leute nicht. Kein Mensch spricht hier Deutsch.

Fremder: Da fragt mich der Träger bei der Ankunft, ob ich den großen Buchstaben A besitze — das ist wohl so etwas, wie das Zitat aus „Göh“?

Schuhmann: Aber nein. Der Träger hat sie gefragt: „Habns a großes a?“ — Er hat das große Gepäc gemeint.

Fremder: Für die hiesige Bevölkerung ist offenbar eine Gebrauchsanweisung nötig. Zum Beispiel beim Telephon. Ich werde angerufen, frage: „Wer spricht?“ Antwort: „Momentl.“ Ich frage nochmals: „Wer spricht?“ Wieder: „Momentl.“ Dabei kenne ich in ganz Wien keine Person oder Firma dieses Namens.

Schuhmann: Das Fräulein hat gemeint: einen Augenblick.

Fremder: Ach so — darum hat sie mich also zehn Minuten am Apparat warten lassen ...

Schuhmann: Wenn der Herr noch Beschwern hat, bitte nur eine schriftliche Eingabe

zu machen. Mit einem Schilling Stempel. (Entfernt sich.)

Fremder: Danke. Für den Schilling ärgere ich mich lieber mündlich. Sieh die einmal diese schwankende Gestalt an.

Ein Mann (defekt gekleidet, unrasiert, blaue Schürze, umgehängtes Blechgefäß): Küß d' Hand, gnä Herr!

Fremder: Schade um Ihre Bemühung. Bei mir Wassermangel. Pumptersuche zwecklos.

Mann: A Kleinigkeit, gnä Herr, I hab heut no net amal g'ruastudt.

Tochter: Gib dem armen Mann doch etwas für eine Tasse Kaffee.

Fremder (reicht ihm Geld): In Gottes Namen.

Mann: Zwanzig Groschen? Aber, gnä Herr, dafür krieg i ja net amal a Viertel Wein.

Fremder: Die ganze Bevölkerung rechnet in Viertel Wein. Das scheint die österreichische Währung zu sein. ... Sie werden doch nicht schon am Vormittag Alkohol zu sich nehmen?

Mann: I frustudt immer nur an Wein oder a Bier.

Tochter: Und in diesem Gefäß holen Sie sich wohl Ihr Essen?

Mann: Aber na, döös Reindl ghört fürn Hansel.

Fremder: Hansel? Ach so, Tierfreund. Sie haben wohl einen Kanarienvogel?

Mann (grob): I hab kan, aber Sö habn an Vogel, weills so bled fragen.

Fremder: Ru hab ich aber genug. Schuhmann!

Schuhmann: Was ist denn schon wieder? Rufe (der Passanten, die sich teilnahmsvoll angeklammert haben): Was ist denn geschehen? ... I glaub, a Kanari is auskommen ... Na, a Tafel hat er jogn ... Gstöden habns ein ...

Schuhmann (fährt den Mann beim Arm): Gebettet! Kommens mit aufs Kommissariat!

Mann: Auslassen! I bin a Wähler ...

Schuhmann: Die Herrschaften müssen mitkommen als Zeugen.

Fremder: Der Mann ist wohl ein gewerbsmäßiger Fehltruder?

